

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 4 (1976)

DOI: 10.11588/fr.1976.0.48643

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

FRANZ MENGES

DIE REAKTION DER SOZIALISTISCHEN PARTEIEN  
IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH  
(SPD UND S.F.I.O.) AUF DIE RUHRBESETZUNG 1923

Das deutsch-französische Verhältnis in der Zeit der Weimarer Republik war in erster Linie geprägt vom Versailler Vertrag. Deutschland hielt dessen Bestimmungen für ungerecht und für zu drückend; es erstrebte daher eine Revision des Vertrags. Frankreich hingegen bestand bis zum Jahre 1924 auf der genauen Erfüllung der aus dem Friedensvertrag sich für Deutschland ergebenden Verpflichtungen, schwenkte aber seit 1924 auf eine Verständigungspolitik ein. Die erste Phase der französischen Politik gegenüber Deutschland erreichte mit der Ruhrbesetzung von 1923 ihren Höhepunkt. Poincarés Politik der Stärke stieß in Deutschland bei sämtlichen Parteien, in Frankreich namentlich bei der politischen Linken auf Kritik und Ablehnung.

I. Die Reparationen.

Artikel 232 des Versailler Vertrags bestimmte, daß Deutschland für die den Alliierten zugefügten Kriegsschäden aufzukommen habe. Höhe und Art der Zahlungen sollten durch eine interalliierte Reparationskommission festgelegt werden. Im Frühjahr 1921 einigten sich die Siegermächte, daß Deutschland 42 Jahreszahlungen von 2 bis 6 Milliarden Mark aufsteigend (insgesamt 226 Milliarden Goldmark) leisten müsse. Als die Reichsregierung ablehnte, wurden am 8. März 1921 als Sanktionen Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf besetzt; damit war der erste Schritt zur Kontrolle des Ruhrgebietes getan.

Durch das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 erzwangen die Ententemächte unter Androhung weiterer Sanktionen die Annahme der Gesamtsumme von 132 Milliarden Mark. In die Annuitäten war neben der fixen Summe von 2 Milliarden Mark ein gleitender Posten in Höhe von 25% der deutschen Ausfuhr angesetzt.

Die Reichsregierung unter Wirth fügte sich dem Druck, hoffte jedoch, die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen dadurch beweisen zu

können, daß sie den Verpflichtungen bis an die Grenze des Möglichen nachzukommen versuchte. Ende des Jahres 1921 suchte sie wegen der inflationären Entwicklung um ein Moratorium nach<sup>1</sup>. Um Frankreich zu einem Entgegenkommen zu veranlassen, schlug Lloyd George seinem französischen Kollegen Briand in Cannes den Abschluß eines Sicherheitspaktes vor. Briand war hierzu bereit, wurde jedoch von Millerand u. a. desavouiert und trat zurück.

Unter seinem Nachfolger Raymond Poincaré war der Weg zu einer sachlichen Lösung der Reparationsfrage versperrt. So verlief die Konferenz zu Genua (10.-19. April 1922) ergebnislos<sup>2</sup>; der Vertreter Frankreichs durfte sich nicht einmal in eine Diskussion über die Reparationsleistungen einlassen.

## 1. Die S. F. I. O. und die Reparationsfrage

### a) Die Section Française de l'Internationale Ouvrière

Der »Nationale Block« hatte seit 1919 von der oppositionellen sozialistischen Partei S. F. I. O. rein numerisch nichts zu befürchten:: Von 616 Sitzen entfielen bei den Frühjahrswahlen von 1919 nur 67 auf die S.F.I.O., obwohl sie 21% der Stimmen erhalten hatte<sup>3</sup>. Gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelte sich die Mitgliederzahl. Auf dem Parteitag von Tours

<sup>1</sup> Aktenstücke zur Reparationsfrage vom 26. Dezember 1922 bis 7. Juni 1923, Berlin 1923; K.-H. HARBECK, Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923, Boppard 1968; G. STRESEMANN, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden (Hrsg. v. H. BERNHARD), Berlin 1932; Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. von H. MICHAELIS und E. SCHRAEPLER, Bde. 4-6, Berlin o. J.; H. RONDE, Von Versailles bis Lausanne. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart/Köln 1950; C. BERGMANN, Der Weg der Reparationen von Versailles über den Dawesplan zum Ziel, Frankfurt 1926; W. LINK, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32, Düsseldorf 1970; E. WEILL-RAYNAL, Les réparations allemandes et la France, 3 vol, Paris 1938/1947; L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik. Göttingen 1958; E. KOCH-WESER, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919-1929, Berlin 1929; Th. VOGEL-SANG, Die Außenpolitik der Weimarer Republik 1918-1933, Hannover 1959; H. HEIBER, Die Republik von Weimar, München 1969; G. CASTELLAN, L'Allemagne de Weimar 1918-1933, Paris 1969; E. EYCK, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. I, Erlenbach-Zürich 1962; A. ROSENBERG, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961; P. KRÜGER, Deutschland und die Reparationen 1918/19, Stuttgart 1973; vgl. bes. P. NETT, Die sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich und die Ruhrbesetzung 1923-25. Zulassungsarbeit München 1971.

<sup>2</sup> Allerdings glückte dem deutschen Reichsaußenminister Rathenau mit dem Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland vom 16. 4. 1922 ein unerwartet großer Erfolg.

<sup>3</sup> O. HAUSER, Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1919-1939, Wiesbaden 1969, S. 36.

(20.–29. Dezember 1920) kam es jedoch wegen der Frage des Beitritts zur Kommunistischen Internationalen zur Spaltung: Die Mehrheit des Kongresses bildete die Kommunistische Partei, die Minderheit blieb unter Léon Blum und Paul Faure dem bisherigen sozialistischen Parteiprogramm von 1919 treu<sup>4</sup>. Die Zahl der Mitglieder der S. F. I. O. verringerte sich von 179 787 (1920) auf 50 449 (1921), jene der Abgeordneten in der Kammer von 67 auf 53. Die Parteizentrale und das Parteiorgan »L'Humanité« wurden kommunistisch. Das neue Organ »Le Populaire de Paris – Journal socialiste du matin« gewann nur wenige Abonnenten und konnte sich nur mit belgischer Hilfe finanziell über Wasser halten. Erst im Jahre der Ruhrbesetzung und nach den erfolgreichen Wahlen von 1924 stiegen die Mitgliederzahl und der politische Einfluß der Partei wieder an<sup>5</sup>.

#### b) Die S. F. I. O. und die Reparationen

Den Versailler Vertrag erachteten die französischen Sozialisten für ungeeignet, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen und lehnten ihn daher in der Kammer ab. Die Forderung der Reparationen hielten sie zwar grundsätzlich für gerechtfertigt, wollten jedoch die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands berücksichtigt wissen. Sanktionen, wie sie durch die Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf erfolgt und wie sie im Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 angedroht worden sind, lehnten sie vollends ab. Vielmehr empfahlen sie den Weg der Verständigung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland<sup>6</sup>.

<sup>4</sup> G. ZIEBURA, Léon Blum, Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik, Berlin 1963; D. LIGOU, Histoire du socialisme en France 1871–1961, Paris 1962; F. GOGUEL, La politique des partis sous la III<sup>e</sup> République, Paris 1946.

<sup>5</sup> J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, Bd. II, Hannover 1963; G. D. H. COLE, A History of Socialist Thought, vol. IV, part II: Communism and Social Democracy 1914–1931, London 1958; H. COSTON, Partis, journeaux et hommes politiques d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1960; A. KRIEGEL, Les Internationales Ouvrières (1864–1943), Paris 1966.

<sup>6</sup> Vgl. Populaire 27. 4. 1921 und 4. 5. 1921; Parti Socialiste (S. F. I. O.), XX<sup>e</sup> Congrès National, 2–6 février 1923 Lille, Rapports de la C. A. P., Rapports du groupe socialiste au Parlement, Paris 1923, p. 83. Vorliegende Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf die Artikel der Parteiorgane der S. F. I. O.: »Le Populaire de Paris, Journal socialiste du matin« Jahrgänge 1923 und 1924 und der SPD: »Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jahrgänge 1923 und 1924. Weitere Quellen: Parti Socialiste (S. F. I. O.), XIX<sup>e</sup> Congrès National, 29 oct.–1<sup>er</sup> nov. 1921 Paris, Rapports de la C. A. P., Rapports du groupe socialiste au Parlement, Paris 1921; Parti Socialiste, XX<sup>e</sup> Congrès National, 3–6 février 1923 Lille, Rapports . . ., Paris 1923; Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National, 30 janvier–1 février 1924 Marseille, Rapports . . ., Paris 1924; Parti Socialiste, XXII<sup>e</sup> Congrès National, 8–12 février 1925 Grenoble, Rapports . . ., Paris 1925; Sozialdemokratischer Parteitag 1924, Protokoll mit Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924; Sozialdemokratischer Parteitag 1925, Protokoll mit Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925; Journal Officiel de la République Française, Débats parlementaires, Chambre des Députés (Jahrgänge 1922 bis 1927);

Léon Blum unternahm im September 1921 eigens eine vierzehntägige Rundreise durch Deutschland, um sich über dessen Leistungskraft zu orientieren. Als Grund für die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands erkannte er dessen Devisenmangel<sup>7</sup>. War die S. F. I. O. bisher der Meinung, daß Deutschland den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Sachlieferungen und Arbeitskraft gewährleisten könne, so unterstrich sie nunmehr die Notwendigkeit einer internationalen Lösung: Ausländische Kredite sollten den deutschen Export und damit den deutschen Devisenmarkt fördern und den Wert der Mark stabilisieren<sup>8</sup>. Im Hinblick auf die Konferenz zu Genua, die über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beraten sollte, war im Parteiorgan zu lesen: *On n'aura pas reconstitué l'Europe si on ne répare pas la France. Mais on ne mettra pas l'Allemagne en état de réparer la France si on ne reconstitue pas l'Europe par un effort concentré d'entr'aide et de coopération*<sup>9</sup>. Aus dieser Einsicht heraus forderten die Sozialisten die Regierung auf, eine Lösung auf der Grundlage einer internationalen Verständigung zu suchen. Als dies nicht befolgt wurde, verstärkten sie ihre Kritik an der Reparationspolitik Poincarés. Am 6. November 1922 prangerte Léon Blum in der Kammer die Gewaltpolitik des Nationalen Blocks, die niemals zu einem vernünftigen Ziele führen werde, an. Deutschland könne nicht durch Sanktionen, sondern nur durch internationale Hilfe instand gesetzt werden, seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Anstatt an die Ruhrbesetzung zu denken, solle Frankreich seine Truppen im Grenzgebiet reduzieren, um dadurch indirekt die deutsche Erfüllungspolitik zu unterstützen<sup>10</sup>.

## 2. Die SPD und die Reparationsfrage

### a) Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Von der deutschen Sozialdemokratie hatte sich im Laufe des Ersten Weltkrieges die USPD abgespalten, deren linker Flügel wegen der Frage der Kommunistischen Internationalen wiederum zur KPD abwanderte.

---

Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte (Jahrgänge 1922 bis 1924).

Benützte Abkürzungen: ADGB = Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; AfA = Allgemeiner freier Angestelltenbund; C. G. T. = Commission Administrative Permanente; DDP = Deutsche Demokratische Partei; DNVP = Deutschnationale Volkspartei; DVP = Deutsche Volkspartei; KPD = Kommunistische Partei Deutschlands; MICUM = Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines; S. F. I. O. = Section Française de l'Internationale Ouvrière; SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands; USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; VhRT StenBer = Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte.

<sup>7</sup> Populaire 4. u. 5. 10. 1921.

<sup>8</sup> Parti Socialiste, XX<sup>e</sup> Congrès National 1923, p. 83.

<sup>9</sup> Populaire 6. 3. 1922.

<sup>10</sup> Journal Officiel, Chambre des Députés, 1922, p. 2954 sqq.

Am 24. September 1922 schlossen sich SPD und USPD auf dem Nürnberger Parteitag wieder zusammen. Die Zahl der Mitglieder stieg damit auf ca. 1,3 Millionen, jene der Reichstagsabgeordneten (von 102) auf 173 an. Bis zum Sommer 1932 stellte die SPD die stärkste Fraktion im Reichstag und verfügte dementsprechend über einen größeren politischen Einfluß als etwa die S. F. I. O. Zudem kam der SPD bei der Schaffung des Weimarer Staates der entscheidende Anteil zu, so daß sich die Partei, auch wenn sie nicht die Regierungsverantwortung trug, für den Staat verantwortlich fühlte<sup>11</sup>.

## b) Die SPD und die Reparationen

Als die Bedingungen des Versailler Vertrages in Deutschland bekannt wurden, sprach sich zwar die Mehrheit der SPD in der Nationalversammlung trotz schwerwiegender Bedenken für deren Annahme aus, aber der Sozialdemokrat Scheidemann trat als Regierungschef zurück. Sein Parteifreund Hermann Müller (-Franken) und der Zentrumspolitiker Johannes Bell unterzeichneten den Vertrag.

Grundsätzlich bejahten die Sozialdemokraten die deutsche Reparationsverpflichtung, freilich mit der Einschränkung, daß sich die Reparationen im Rahmen des Tragbaren hielten. Als die Alliierten die Höhe ihrer Forderungen verkündeten, waren die Sozialdemokraten empört. Dennoch unterstützten sie nach dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 die Erfüllungspolitik des Zentrumspolitikers Wirth, indem sie in dessen Kabinett eintraten (10. 5. 1921). Durch eine ehrliche Erfüllungspolitik sollte die drohende Ruhrbesetzung verhindert werden.

Das Görlitzer Aktionsprogramm der SPD vom 24. September 1921 forderte ausdrücklich *die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständ-*

<sup>11</sup> O. BRAUN, Von Weimar zu Hitler, New York 1940; Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VII, Berlin 1966; W. MOMMSEN (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1964; C. SEVERING, Mein Lebensweg, Bd. I, Köln 1950; F. STAMPFER, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach 1947; Die Sozialdemokratischen Parteien. Ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart, Hamburg 1926; Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, Berlin 1966; H. GREBING, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966; R. N. HUNT, German Social Democracy 1918–1933, New Haven/London 1964; C. KOEPECKE, Sozialismus in Deutschland, München/Wien 1970; K. KOSZYK, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914–1933, Heidelberg 1958; H. LANGE, Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der deutschen Republik (1918–1926), Ms. Diss. Erlangen 1949; S. NEUMANN, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932; F. OSTERROTH – D. SCHUSTER, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963.

*gung und des Wiederaufbaues unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die SPD sah im Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens eine moralische Pflicht Deutschlands, sowie das unerläßliche Mittel, durch diese Wiederherstellung die Völkerbeziehungen zu verbessern. Allerdings mache die aktuelle Wirtschafts- und Finanznot eine Erleichterung der Wiederherstellungslasten erforderlich*<sup>12</sup>.

## II. Die Ruhrbesetzung.

Die Inflation nahm in Deutschland erschreckende Ausmaße an. Konnte man im Januar 1922 noch mit 200 Mark einen Dollar kaufen, so mußte man im Dezember dafür bereits 10 000 Mark aufbringen. Angesichts dieser Entwicklung hoffte die deutsche Regierung, mit ihrem Antrag auf ein zweijähriges Moratorium (12. Juli 1922) bei den Reparationsgläubigern Verständnis zu finden. Doch Poincaré wich von seiner unnachgiebigen Haltung nicht ab; vielmehr unterbreitete er im August in London seine Politik der Pfänder, die den Alliierten garantieren sollten, daß Deutschland nach dem Moratorium seine Zahlungen fortsetzen würde. Bonard Law lehnte diesen Vorschlag ab.

Inzwischen unterbreitete Reichskanzler Cuno einen Zahlungsvorschlag, der durch eine internationale Anleihe ermöglicht werden sollte. Beratungen im Dezember 1922 und im Januar 1923 scheiterten an der starren Haltung Poincarés, dessen Pfänderpolitik England keinesfalls mitmachen wollte: Nach dem französischen Plan sollte eine Kommission von Ingenieuren die Kohleförderung in Deutschland überwachen und die Kohlelieferung an die Reparationsgläubiger sichern; aus Staatswaldungen sollte Holz geschlagen werden, Requisitionen sollten vorgenommen, Ausfuhrabgaben erhoben, Zolleinnahmen und Kohlesteuer beschlagnahmt werden; würde sich Deutschland der Durchführung dieses Programms widersetzen, sollte das Ruhrgebiet besetzt werden<sup>13</sup>.

Schon vor dem Scheitern der Verhandlungen am 4. Januar 1923 in Paris hatte Poincaré die Ruhrbesetzung vorbereitet. Geringfügige Versäumnisse Deutschlands in der Holz- und Kohlenlieferung dienten ihm mit Hinweis auf § 18 des Versailler Vertrags als Rechtfertigung. Eine französische und belgische Note vom 10. Januar 1923 kündigte der deutschen Regierung die Ankunft einer Ingenieurkommission (MICUM) am 11. Januar 1923 im Ruhrgebiet an, die von französisch-belgischen Truppen be-

<sup>12</sup> W. MOMMSEN, Deutsche Parteiprogramme, 1964, S. 460.

<sup>13</sup> Rede Poincarés vom 11. 1. 1923: Journal Officiel 1923, p. 15 sqq.

gleitet wurde und die Durchführung der Reparationsverpflichtungen sichern sollte.

Die Abgeordnetenkammer in Paris billigte Poincarés Entscheidung am selben Tag mit 452 gegen 72 Stimmen<sup>14</sup>.

Die deutsche Regierung protestierte gegen diesen Gewaltakt und erklärte den 14. Januar 1923 zum Trauertag. Die Parteien des Reichstags schlossen sich diesem Protest an. Die deutschen Botschafter in Paris und Brüssel wurden am 12. Januar abberufen, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien wurde eingestellt. Mit der Anordnung vom 19. Januar, die den Beamten in den besetzten Gebieten verbot, irgendwelchen Anordnungen der Besatzungsmächte nachzukommen, begann der eigentliche passive Widerstand.

Auf die Weigerung zur Mitarbeit antworteten die Franzosen und Belgier mit der Ausdehnung des besetzten Gebietes<sup>15</sup>, mit einem abendlichen Ausgeh- und einem Versammlungsverbot, mit einer Ausweisung von Beamten, die den passiven Widerstand befolgten (ca. 100 000 Personen), mit einem Kohleausfuhrverbot in das übrige Deutsche Reich u. dgl. m. Zur Förderung der Kohle und zu ihrem Abtransport wurden zunehmend Franzosen und Belgier eingesetzt.

Die Hoffnung der Reichsregierung unter Cuno, Poincaré durch den passiven Widerstand zur Aufgabe seiner Pfänderpolitik zu bewegen, erfüllte sich nicht. Auf der anderen Seite mußte die Reichsregierung die streikende Bevölkerung an der Ruhr finanziell unterstützen, was wiederum zur Beschleunigung der Inflation und des wirtschaftlichen wie finanziellen Verfalls führte. Die Inflation traf in erster Linie die Geldbesitzer und Bezieher fester Einkommen, nicht aber die Eigentümer von Sachwerten. Die bisher tragende Sicht, der Mittelstand, verarmte und wurde für radikale Parolen anfällig. Es verwundert daher nicht, daß der Ruf nach einem aktiven Widerstand gegen die Besatzungsmächte erscholl.

Cuno und Rosenberg, die vergebens auf eine Intervention Englands hofften, legten am 2. Mai 1923 ihre Vorstellungen über die Reparationsfrage und über eine baldige Räumung des Ruhrgebietes vor. Poincaré

---

<sup>14</sup> Aktenstücke über den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet, 1. Folge, Berlin 1923; N. OSTERROTH, *Der deutsche Arbeiter und der Ruhreinfall*, Berlin 1923; L. ERDMANN, *Die Gewerkschaften im Ruhrkampf*, Berlin 1924; J. C. FAVEZ, *Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923* (Etudes et documents 6), Genève 1969; H. KÖLLER, *Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree. Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923*, Berlin 1963; D. W. TRAFFORD, *The Ruhr and French Security as reflected by the British and French Presses 1923* (Essays in Modern European History, Indiana Univ. Publications, Social Sciences Series (No. 10), 1951, p. 125–144; P. WENTZCKE, *Ruhrkampf, Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, 2 Bde., Berlin 1930/32.

<sup>15</sup> Vgl. die Karte mit dem besetzten Gebiet bei P. WENTZCKE, *Ruhrkampf*, Bd. I, 1930, Anhang.



konterte seinerseits mit der Forderung nach Beendigung des passiven Widerstands. Cuno lehnte eine Kapitulation ab, wurde jedoch durch die ausweglose außen- wie innenpolitische, finanz- wie wirtschaftspolitische Lage am 12. August zum Rücktritt gezwungen.

Sein Nachfolger, Gustav Stresemann, dessen Kabinett die SPD angehörte, suchte nach einem Ausweg aus der Krise.

## 1. Die S. F. I. O. und die Ruhrbesetzung

### a) Die drohenden Sanktionen

Sowohl die französischen Sozialisten wie die Kommunisten wandten sich von Anfang an entschieden gegen Poincarés Politik der Pfänder, der Léon Blum am 28. Dezember 1922 Verschlagenheit und Brutalität bescheinigte. Anspielend auf Poincarés Vorwand, den deutschen Lieferungsverzug, schrieb er, der Federhalter des Staatsanwalts bilde zusammen mit dem Säbel des Soldaten Frankreichs Rüstung<sup>16</sup>.

Als am 4. Januar 1923 die Verhandlungen in Paris an der Haltung Poincarés scheiterten, organisierte die S. F. I. O. mit den Gewerkschaften (C. G. T.) und der Liga für Menschenrechte am 5. Januar in Paris und am 7. Januar in Lille, Toulouse und Marseille Protestkundgebungen<sup>17</sup>. Blum forderte hierbei eine Reparationspolitik, die es Deutschland ermögliche, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Protestversammlung in Paris billigte eine Resolution, die sich gegen die Ruhrbesetzung und für einen Schiedsspruch in der Reparationsfrage durch den Völkerbund aussprach<sup>18</sup>.

Doch die Proteste bei Massenveranstaltungen konnten die drohende Ruhrbesetzung ebenso wenig verhindern wie die Appelle im Parteiorgan »Populaire«, das den Fortgang der Ereignisse auf seiner Titelseite schlagwortartig kommentierte: *Dans la Ruhr* (7. 1. 1923), *M. Poincaré prépare ses armes* (8. 1. 1923), *Un nouveau groupe d'ingénieurs est parti pour Duesseldorf* (9. 1. 1923), *Vers l'occupation de la Ruhr – Les mesures prises* (10. 1. 1923), *Avant la sinistre aventure, La politique de violence* und *Les troupes françaises entrent à Essen* (11. 1. 1923).

### b) Erste Stellungnahmen zur Ruhrbesetzung

Als am 11. Januar die französischen Truppen in Essen einzogen, rechtfertigte Poincaré diese Aktion im Parlament<sup>19</sup>. Als einziger Abgeord-

<sup>16</sup> Populaire 28. 12. 1922.

<sup>17</sup> Populaire 6., 8. und 11. 1. 1923.

<sup>18</sup> Vorwärts 8. 1. 1923.

<sup>19</sup> Journal Officiel 1923, p. 4 sqq.

neter antwortete ihm Léon Blum, der Fraktionsvorsitzende der S. F. I. O., indem er – ständig von erbosten Zwischenrufen aus dem Lager des Nationalen Blocks unterbrochen – die Politik Poincarés entschieden ablehnte. Es handle sich eindeutig um eine militärische Besetzung, die viele Schwierigkeiten heraufbeschwören werde, ohne Frankreich den erwünschten materiellen Erfolg zu bringen; vielmehr werde eine realistische Reparationspolitik auf dem Wege internationaler Anleihen vereitelt und Frankreichs moralisches Ansehen in der Welt verspielt<sup>20</sup>.

Unter den zahlreichen Interpellationen zur Ruhraktion befanden sich auch Anfragen der Sozialisten: Blum wollte über die Pariser Konferenz vom 2. bis 4. Januar 1923, Bracke über die Ausweitung der Okkupationspolitik und ihre schädlichen Auswirkungen und Lebas über das Verhältnis zwischen dieser Politik und den Reparationen von der Regierung Auskunft erhalten<sup>21</sup>. Doch Poincaré beantragte die Verschiebung der Interpellationen und verband damit die Vertrauensfrage; die Sozialisten, die Kommunisten und einige Linksbürgerliche stimmten dagegen (72 Abgeordnete), 452 Abgeordnete pflichteten dem Antrag bei<sup>22</sup>.

Nachdem sich die Opposition im Parlament zur Ohnmacht verurteilt sah, wandte sie sich zusammen mit dem C. G. T. in einer Welle von Protestversammlungen direkt an die Volksmassen, die aufgefordert wurden, ihre ablehnende Haltung durch die Verabschiedung von Resolutionen zu bekunden<sup>23</sup>.

Der Parteikongreß der S. F. I. O. Anfang Februar in Lille stand ganz unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung, die die wirtschaftliche und politische Ordnung störe und eine Lösung des Reparationsproblems erschwere<sup>24</sup>. Das Angebot der Kommunisten zur Bildung einer Einheitsfront lehnte der Kongreß jedoch ab<sup>25</sup>.

Im Anschluß an die Beratungen in Lille veranstaltete die S. F. I. O. am 8. Februar im Pariser »Palais de la Mutualité« eine Friedenskundgebung zur Verurteilung des Ruhreinfalls, die bei der Pariser Arbeiterschaft ein unerwartet starkes Echo fand<sup>26</sup>. Einen Meinungsumschwung der Mehrheit des Volkes konnten jedoch die Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaften zu jenem Zeitpunkt nicht erreichen.

<sup>20</sup> Journal Officiel 1923, p. 20–23.

<sup>21</sup> Journal Officiel 1923, p. 23; vgl. auch Populaire 11. 1. 1923.

<sup>22</sup> Journal Officiel, 1923, p. 35 sqq.

<sup>23</sup> Vgl. Populaire seit dem 15. 1. 1923.

<sup>24</sup> Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 27 sqq.

<sup>25</sup> Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 34.

<sup>26</sup> Populaire 10. 2. 1923.

Noch fruchtloser gestalteten sich die Bemühungen der S. F. I. O., den Völkerbund und die USA zur Intervention zu bewegen<sup>27</sup>.

### c) Die Kritik an der Ruhrbesetzung

Am 11. Januar 1923 war es Poincaré gelungen, die Diskussion über die Ruhrbesetzung im Parlament bis zum 2. Februar zu verschieben. Nun setzte er am 1. Februar abermals eine Verschiebung durch und zwar auf einen unbestimmten Zeitpunkt<sup>28</sup>. Der »Populaire« bezeichnete daraufhin den Ministerpräsidenten als Diktator, dem die Kammer freie Hand gewährt habe<sup>29</sup>.

Die S. F. I. O. war jedoch entschlossen, noch vor Ostern eine Parlamentsdiskussion zu erzwingen, auch wenn der Nationale Block sich einer solchen entziehen wollte. Die Debatte über das Budget für die Monate April und Mai sollte, so hofften die Kommunisten und die Sozialisten, hierfür Gelegenheit bieten. Um das zu verhindern, klammerte die Regierung die Ruhrkredite aus. Dennoch ging Lebas am 30. März 1923 ausführlich auf die Ruhrbesetzung und ihre Folgen ein. Allerdings erhielt er von Poincaré keine Antwort<sup>30</sup>. Herriot bestand auf einer Antwort zu den Fragen nach eventuellen Verhandlungen und dem Verdacht einer Annexion des Ruhrgebietes. Der Ministerpräsident äußerte sich indes nur ausweichend. Léon Blum wollte ihn zu einer eindeutigen Stellungnahme zwingen und die Haltung seiner Fraktion zur Sicherheitsfrage im Zusammenhang mit der Ruhr darlegen. Die Mehrheit der Kammer widersetzte sich diesem Versuch, so daß die Sitzung unterbrochen wurde<sup>31</sup>.

Dieses Verhalten zeugte nicht nur von einer Intoleranz der Mehrheit gegenüber der oppositionellen Minderheit, sondern auch von einer gewissen Unsicherheit Poincarés und des Nationalen Blocks.

Da die Ruhrkredite doch einmal die Kammer passieren mußten, und da die Sozialisten bereits am 8. Mai wieder Interpellationen zum Ruhrproblem eingereicht hatten, willigte Poincaré in eine Debatte am 22. Mai 1923 ein, die vier Tage in Anspruch nahm<sup>32</sup>. Vincent Auriol legte den Standpunkt der Sozialisten dar; Lebas antwortete auf die selbstgefällige

<sup>27</sup> Vgl. die Resolution des Parteikongresses von Lille: Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 27, 96 sqq.; eine Abordnung der Partei – Blum, Bracke, Bernard, Renaudel – sprach in Paris beim amerikanischen Botschafter vor und überreichte eine Erklärung.

<sup>28</sup> Journal Officiel 1923, p. 497.

<sup>29</sup> Populaire 2. 2. 1923.

<sup>30</sup> Journal Officiel 1923, p. 1697–1702.

<sup>31</sup> Journal Officiel 1923, p. 1705–1707.

<sup>32</sup> Journal Officiel 1923, p. 1772–1781.

Rechtfertigungsrede Poincarés und widerlegte dessen Argumente. Die Kommunisten und die Sozialisten stimmten gegen die Ruhrkredite<sup>33</sup>.

Am 6. Juli flammte in der Kammer die Diskussion über die Ruhrbesetzung wegen einer Note Papst Pius' XI. wieder auf. Die Ruhrbesetzung wurde in diesem Brief verurteilt und Frankreich zu einer internationalen Regelung des Reparationsproblems aufgefordert. Léon Blum begrüßte den Schritt des Papstes, versäumte aber nicht, die sozialistischen Vorstellungen von einer internationalen Regelung von jenen des Vatikans abzugrenzen<sup>34</sup>.

Die Sozialisten verurteilten die Ruhraktion wegen ihres wirtschaftlichen Fehlschlags, besonders aber auch weil sie grundsätzlich eine militärische Besetzung ablehnten<sup>35</sup>. Und daß es sich, trotz der Dementis Poincarés, um eine solche handelte, erkannten sie von Anfang an. A. Pierre schrieb am 11. Januar 1923 im »Populaire«: *M. Poincaré a beau recourir à tous les artifices du langage diplomatique. Il ne trompera personne . . . Son action dans la Ruhr . . . apparaît bien au monde entier comme une opération militaire et comme une occupation politique*<sup>36</sup>. Als die französischen Truppen über Essen hinausgingen, als es zu ersten Gewaltmaßnahmen kam, zur Verhängung des Ausnahmezustandes, zu Verurteilungen vor einem eigenen Kriegsgericht und zu Ausweisungen, sahen die Sozialisten hierin Beweise für ihren Vorwurf der Okkupation<sup>37</sup>. Als die ersten Todesopfer zu beklagen waren, schrieb P. Faure: *Le sang coule dans la Ruhr*<sup>38</sup> und verurteilte mit scharfen Worten das Ruhrunternehmen: *L'entreprise de la Ruhr est une folie et un crime à la fois contre la France et contre l'Europe . . . Le sang a coulé, il coulera peut-être plus encore et la haine . . . dressera davantage les hommes et les peuples les uns contre les autres. Voilà l'oeuvre de Poincaré . . .*

Angesichts dieser Entwicklung setzte sich die Regierung dem Verdacht aus, Annexionsabsichten zu hegen. Blum sprach am 29. März diesen Vorwurf in der Kammer aus, um Poincaré zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen. Er zitierte Erklärungen, die auf eine Aufteilung der deutschen Einheit und auf eine Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen hinausliefen; er verwies auf Foch und Dariac, die offen eine Annexion forderten; Poincarés Absicht, das Ruhrgebiet erst nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen, komme praktisch einer An-

<sup>33</sup> Journal Officiel 1923, p. 2023 sqq.; Auriol (24. 5. 1923) p. 2091–2100; Poincaré p. 2101–2106; Lebas p. 2106–2109; Abstimmung p. 2221.

<sup>34</sup> Journal Officiel 1923, p. 3212–3216.

<sup>35</sup> Journal Officiel 1923, p. 530.

<sup>36</sup> Populaire 11. 1. 1923, p. 3.

<sup>37</sup> Blum im Populaire 13. 1. 1923: »La preuve est faite.«

<sup>38</sup> Populaire 13. 3. 1923.

nexion gleich, da die andauernde Besetzung die deutsche Zahlungsunfähigkeit ja nur verstärkte und verewigte<sup>39</sup>.

Eine Bestätigung des Verdachts der Aufteilungspläne Deutschlands erblickte Blum in der Unterstützung der rheinischen Separatisten durch französische Regierungs- und Militärstellen<sup>40</sup>. Indem die territoriale Integrität Deutschlands in Frage gestellt werde, setze man den Frieden aufs Spiel. Das widerspreche wiederum dem offiziellen Vorwand, die Ruhrbesetzung garantiere die Sicherheit Frankreichs<sup>41</sup>.

Immer wieder betonten die Sozialisten, daß durch Poincarés Politik die nationalistischen Kräfte in Deutschland zum Schaden der demokratischen Elemente verstärkt würden<sup>42</sup>. Die deutschen Arbeiter würden vom Lager der Antimilitaristen in jenes der Revanchisten getrieben<sup>43</sup>. Die Krisen zwischen der Reichsregierung und Bayern (besonders unter Kahr) und die bürgerkriegsähnliche Zuspitzung in Deutschland, die im Hitlerputsch vom November 1923 gipfelte, gingen, wie die Sozialisten meinten, auf das Konto von Poincarés Gewaltpolitik. *Par sa politique, le gouvernement de M. Poincaré . . . a affaibli des éléments démocratiques en Allemagne, renforcé la position des nationalistes dont le progrès menace la République allemande, garantie essentielle de la paix et d'une collaboration future entre la France et l'Allemagne*<sup>44</sup>. Falls nicht eine Wende herbeigeführt werde, erleide das Ansehen Frankreichs in der Welt großen Schaden und das Land gerate in eine weltweite Isolation; der Brief des Papstes vom 26. Juni 1923 sei in diesem Sinne zu verstehen<sup>45</sup>.

Doch Poincaré und der Nationale Block schenkten diesen Warnrufen keine Beachtung. Vielmehr wartete der Ministerpräsident auf die Unterwerfung Deutschlands unter seine Bedingungen. Die Note des Reichskanzlers Cuno von Anfang Mai mit den deutschen Vorschlägen zur Lösung des Reparationsproblems hatte er als völlig ungenügend abgelehnt und hierin auch die Unterstützung der S. F. I. O. gefunden. Auch sie befürwortete die Einstellung des passiven Widerstandes, nicht jedoch eine deutsche Kapitulation; vielmehr sollten die demokratischen Kräfte in Deutschland in ihrem Bemühen um Verständigung unterstützt werden<sup>46</sup>.

<sup>39</sup> Journal Officiel 1923, p. 1705 sqq.

<sup>40</sup> Journal Officiel 1923, p. 4132 (14. 12. 1923).

<sup>41</sup> Journal Officiel 1923, p. 4139.

<sup>42</sup> Journal Officiel 1923, p. 22 (11. 1. 1923), p. 497 (1. 2. 1923), p. 1701 sqq. (29. 3. 1923).

<sup>43</sup> Journal Officiel 1923, p. 2096 (24. 5. 1923).

<sup>44</sup> Aus der Resolution vom 1. 11. 1923 (Conseil National): Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 48.

Blum am 14. 12. 1923 in der Kammer: Journal Officiel 1923, p. 4130 sqq.

<sup>45</sup> Journal Officiel 1923, p. 498, 3215 sqq.

<sup>46</sup> Journal Officiel 1923, p. 2097 (24. 5. 1923).

## d) Die Beendigung des passiven Widerstandes

Am 26. September 1923 erklärte Stresemann vor dem Reichstag die Beendigung des passiven Widerstandes, ohne zur Wiederaufnahme der Arbeit und zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten direkt aufzufordern. Das bedeutete für Poincaré Anlaß genug, mit Berlin nicht in Verhandlungen zu treten. Er sicherte sich seine Pfänder in unmittelbarem Einvernehmen mit den Ruhrindustriellen: Anfang Oktober waren Stinnes, Vögler und Klöckner bei General Degoutte, um über die Arbeitsaufnahme zu sprechen. »Phoenix« und die »Rheinischen Stahlwerke« unterzeichneten am 7. Oktober ein Abkommen mit der MICUM; bis zum 23. November waren sämtliche Unternehmer diesem Beispiel gefolgt. Sie verpflichteten sich u. a., Kohlensteuer an die Reparationsgläubiger zu zahlen und die Kohlenlieferung wieder aufzunehmen.

Die S. F. I. O. war enttäuscht: Das Ende des passiven Widerstandes hätte der Beginn von Verhandlungen und der erste Schritt einer Verständigung und Zusammenarbeit sein können, *si M. Poincaré avait voulu*<sup>47</sup>. Anstatt mit der deutschen Regierung zu verhandeln, habe sich Poincaré mit den Industriellen arrangiert. Die Folge sei eine schwere Belastung der Ruhrindustrie, was sich in Preiserhöhungen für Kohle und Eisen und in der Verlängerung der Arbeitszeit bemerkbar mache<sup>48</sup>.

Wenigstens war Poincaré nunmehr bereit, dem englischen Vorschlag nach einer internationalen Überprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit beizutreten. Am 30. November 1923 benannte die Reparationskommission zwei Sachverständigenkomitees: Das Komitee unter Leitung von Dawes sollte eine Lösung zur Stabilisierung des deutschen Finanz- und Währungswesens vorschlagen, das Komitee unter der Leitung von McKenna eine Lösung der deutschen Kapitalflucht finden.

Da nun ein Ausweg aus der Krise erkennbar wurde, versuchten die Sozialisten, die weitere Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bracke und Blum wurden bei der Regierung vorstellig, um sie an ihre Verantwortung angesichts der Wende zu erinnern<sup>49</sup>. Am 14. Dezember 1923 unterzog Blum das Ruhrunternehmen einer detaillierten Kritik, besonders auch Poincarés Unnachgiebigkeit seit dem 26. September. Er rief die Regierung auf, endlich bewußt den Weg einer internationalen Verständigung einzuschlagen und die Dawes-Kommission zu unterstützen<sup>50</sup>. Abermals hielt er bei dieser Gelegenheit der juristischen Begründung der

<sup>47</sup> Grumbach am 27. 9. 1923 im Populaire.

<sup>48</sup> Blum am 11. 10. 1923 im Populaire und am 14. 12. 1923 in der Kammer: Journal Officiel 1923, p. 4124, 4131.

<sup>49</sup> Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 32.

<sup>50</sup> Journal Officiel 1923, p. 4124–4143.

Ruhrbesetzung entgegen, diese Aktion sei illegal und widerspreche dem Völkerrecht; die geringfügigen deutschen Verfehlungen hätten der Regierung als fadenscheiniges Motiv für die Sanktionen gedient. Der eigentliche Grund sei u. a. wahltaktischer Natur: Die Regierungsparteien hätten ihr Mandat unter dem Versprechen »Deutschland wird zahlen!« errungen und müßten nun dieses Versprechen einlösen, auch mittels von Zwangsmaßnahmen<sup>51</sup>. Dieses Ziel sei nicht nur rechtlich verwerflich, sondern erweise sich auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht als unproduktiv.

Die Sozialisten konnten letztere Behauptung schon im Frühjahr belegen. Das Ausbleiben der Kohle bewirkte, daß in Lothringen zahlreiche Hochöfen erloschen, was einen Rückschlag in der Metallherstellung mit sich brachte; außerdem stiegen die Preise für den Kohlebedarf der privaten Haushalte<sup>52</sup> sowie für die Lebenshaltungskosten insgesamt<sup>53</sup>. Wenn Poincaré Ende 1923 den französischen Verlust im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung mit 125 Millionen Francs bezifferte, errechnete Blum über eine Milliarde, wobei er voraussetzte, daß die deutschen Reparationszahlungen im Jahre 1923 pünktlich entrichtet worden wären<sup>54</sup>.

## 2. Die SPD und die Ruhrbesetzung

Als mit einem Scheitern der Pariser Konferenz zu rechnen war, wandten sich Vertreter der SPD und der Gewerkschaften gegen die Absichten Frankreichs, das rheinische Wirtschaftsgebiet zu kontrollieren, und kündigten ihren Widerstand gegen eine mögliche französische Besetzung an<sup>55</sup>. Breitscheid schlug vor, das Reparationsproblem vor den Völkerbund zu bringen; er forderte die deutsche Regierung auf, ihren für die Pariser Konferenz ausgearbeiteten Plan zu veröffentlichen, um ihre Verständigungsbereitschaft zu demonstrieren<sup>56</sup>. Doch die Hoffnung auf eine Einigung schwand. *Mehr denn je geht Gewalt vor Recht, und die französischen Tanks . . . werden über die Zwirnfäden des Völkerrechts nicht stolpern*<sup>57</sup>.

<sup>51</sup> Blum am 14. 12. 1923 in der Kammer: Journal Officiel 1923, p. 4141.

<sup>52</sup> Lebas am 29. 3. 1923 in der Kammer: Journal Officiel 1923, p. 1700.

<sup>53</sup> Populaire 3. 2. 1923 »Premiers résultats de l'occupation – Le pain à 23 sous.« Zwei Artikel Blums vom 7. u. 8. 1. 1924 im Populaire unter dem Titel »La vie chère, c'est le change; le change c' est la Ruhr; ces deux vérités élémentaires.« Vgl. außerdem den Artikel Populaire 15. 1. 1924: »C' est Poincaré qui tue le Franc.«

<sup>54</sup> Journal Officiel 1923, p. 4133 sqq. (Blum am 14. 12. 1923) und p. 4343 sqq. (Poincaré am 21. 12. 1923).

<sup>55</sup> Vorwärts 4. 1. 1923.

<sup>56</sup> Vorwärts 7. 1. 1923.

<sup>57</sup> Vorwärts 10. 1. 1923 (M).

a) Erste Stellungnahmen zur Ruhrbesetzung und die Frage einer nationalen Einheitsfront

Trotz einer gewissen Resignation herrschte in allen Volksschichten Deutschlands Empörung, als am 11. Januar 1923 die ersten französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet eindrangten. Der Vorstand der SPD protestierte nachdrücklich gegen die Rechtsverletzung und die Gewaltmaßnahmen der Franzosen und Belgier; er sah dadurch die deutsche Wirtschaft, den deutschen Kredit und gleichzeitig die für die Reparationszahlungen notwendigen Anleihen gefährdet. Die Arbeiter rief der Parteivorstand zur Treue gegenüber der deutschen Republik auf und lud sie zu einer Protestversammlung auf den kommenden Sonntag ein: Die Arbeiter sollten hierbei ihren Willen zur Völkerverständigung und zur Erfüllungspolitik, aber auch ihre ablehnende Haltung gegenüber der Ruhrbesetzung bekunden<sup>58</sup>.

Am 13. Januar fand sich der Reichstag zu einer Protestsitzung zusammen. Die SPD schloß sich dem Protest an, wenn auch ein großer Teil der Fraktion gegen eine gemeinsame Erklärung mit den bürgerlichen Parteien votierte<sup>59</sup>. Nachdem Reichskanzler Cuno das deutsche Volk zu einer einheitlichen Abwehr des Gewaltaktes aufgerufen, und Stresemann ihm namens der bürgerlichen Parteien zugestimmt hatte, verurteilte Hermann Müller (-Franken) den französischen Imperialismus, der nicht die Reparationen, sondern die *alte Rheinland- und Rheinbundpolitik durchsetzen* wolle. Gleichzeitig unterstrich er die Bereitschaft zur Reparationsleistung entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands und die Notwendigkeit von internationalen Anleihen. Müller sagte der Reichsregierung die Unterstützung der Sozialdemokraten in allen Maßnahmen zu, *die zur Abwehr französischer Gewalttaten zweckdienlich* seien, warnte vor militärischen Abenteuern und begrüßte den Aufruf der Regierung zu Ruhe und Besonnenheit<sup>60</sup>. Bei der Abstimmung über die gemeinsame Erklärung des Reichstags zur Ruhrbesetzung enthielten sich 13 Sozialdemokraten der Stimme, eine große Anzahl hatte bereits vor der Abstimmung den Saal verlassen. Somit stellte sich nicht einmal die Hälfte der SPD-Fraktion hinter die Bereitschaft der Fraktionsführung, zusammen mit den bürgerlichen Parteien gegen den französischen Ruhreinfall zu protestieren<sup>61</sup>. Es brach also der alte Zwiespalt der Sozialdemokraten auf, das Odium des »vaterlandslosen Gesellen«, der kein Nationalgefühl besitze, abzustreifen, ohne in das Lager der Reaktionäre und der Militaristen zu geraten.

<sup>58</sup> Vorwärts 12. 1. 1923 (M).

<sup>59</sup> Vgl. Vorwärts 14. 1. 1923.

<sup>60</sup> Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9424–9428.

<sup>61</sup> Vgl. Vorwärts 14. 1. 1923.



Der »Vorwärts« führte aus, was die SPD und die Gewerkschaften durch ihre Protestversammlungen am 14. Januar, dem »Trauersonntag«, bezwecken wollten: Die Welt solle für die gerechte deutsche Sache gewonnen werden; trotz der *berechtigten nationalen Erregung* reiche das deutsche Volk dem französischen Volk die Hand zu einer Verständigung mittels der Wiedergutmachungen<sup>62</sup>. Während sich die Bürgerlichen zu einer Protestversammlung auf dem Berliner Königsplatz zusammenfanden, so die Berliner Sozialdemokraten in 15 verschiedenen Lokalen. Die Redner wiesen dabei auf den *jeder Rache und jedem Krieg abholden Willen* der SPD hin und konstantierten, daß gemeinsame Protestaktionen mit den Nationalisten unmöglich seien<sup>63</sup>. Die *nationale Einheitsfront* stelle nicht nur eine leere Phrase, sondern eine *nationale Gefahr* dar<sup>64</sup>. Jedenfalls war die SPD ängstlich darauf bedacht, nicht in das nationalistiche Fahrwasser zu geraten.

Aus dem selben Grund lehnte sie am 17. Januar 1923 das Ermächtigungsgesetz Cunos ab<sup>65</sup> und grenzte sich in der Ruhrdebatte vom 26. Januar klar gegenüber der DNVP ab. Wels hatte noch am Vortage die Bereitschaft der SPD wiederholt, *ganz ohne Rücksicht auf Parteiinteressen hinter jedem (zu) stehen, der diesen sogenannten Krieg im Frieden ... bekämpft*<sup>66</sup>. Als jedoch Helfferich namens der DNVP gefährliche Gegenmaßnahmen forderte<sup>67</sup>, wies Breitscheid dies zurück: Wenn die SPD in der Abwehr des französischen Angriffs *an der Seite der bürgerlichen Parteien* stehe, so identifiziere sie sich nicht mit diesen und schließe hinsichtlich der innenpolitischen Differenzpunkte mit ihnen keinen Burgfrieden<sup>68</sup>. Und Wels wiederholte auf dem Bezirksparteitag der Berliner SPD im Februar: Eine Einheitsfront mit den Bürgerlichen *hat es nicht gegeben und wird es nicht geben*<sup>69</sup>.

In eine ähnliche Verlegenheit gerieten die Sozialdemokraten, als sie sich hinsichtlich der Streiks an der Ruhr in einer Reihe mit den Arbeitgebern sahen. Der Gegensatz zu den Kapitalisten müsse unter den gegebenen Umständen zurücktreten, meinte Stampfer<sup>70</sup>. Das bedeute, so erklärte Wels, aber noch keine Solidarität mit den Unternehmern, die man freilich nicht mit Hilfe der französischen Bajonette bekämpfen wolle<sup>71</sup>.

<sup>62</sup> Vorwärts 13. 1. 1923 (A).

<sup>63</sup> Vorwärts 15. 1. 1923 (A).

<sup>64</sup> Vorwärts 13. 1. 1923 (A).

<sup>65</sup> Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9479.

<sup>66</sup> Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9501.

<sup>67</sup> Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9515.

<sup>68</sup> Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9526 und 9539.

<sup>69</sup> Vorwärts 25. 2. 1923 (A).

<sup>70</sup> Vorwärts 23. 1. 1923 (M).

<sup>71</sup> Vorwärts 26. 2. 1923 (A).

Schon am 10. Januar 1923 hatte die KPD der SPD und den Gewerkschaften die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse vorgeschlagen; in ganz Deutschland solle der Generalstreik ausgerufen, die Regierung Cuno gestürzt und eine Arbeiterregierung gebildet werden<sup>72</sup>. Die SPD ging indes nicht auf dieses Angebot ein. In der Frage der Ruhrbesetzung stand sie den Bürgerlichen näher als den Kommunisten.

Die alleinige Schuld an der Ruhrbesetzung trage, so betonten die Sozialdemokraten, Poincaré<sup>73</sup>. Der Versailler Vertrag könne nicht zur Rechtfertigung herangezogen werden. Gemäß dem Sonderabkommen über Sachlieferungen vom 21. 3. 1922 hätte Frankreich bei Verfehlungen Deutschlands nur finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen fordern können und zwar in Übereinstimmung mit den Alliierten<sup>74</sup>.

Auf der einen Seite bedeute die Besetzung für Frankreich eine zusätzliche finanzielle Belastung, auf der anderen Seite verhindere sie die Reparationsleistungen, da die deutsche Wirtschaft gelähmt werde und Anleihen erschwert würden<sup>75</sup>.

Frankreich habe seine Sympathien in der Welt verspielt und sich in eine Isolation begeben; dieser *moralische Verlust* überwiege den finanziellen<sup>76</sup>. Folglich bildeten die Reparationen nur einen Vorwand für eine politische und militärische Operation. Die französische Industrie wolle sich der deutschen Kohle bemächtigen, um zur führenden europäischen Wirtschaftsmacht emporzusteigen<sup>77</sup>. Ähnlich wie der Reichskanzler sprach Hermann Müller am 13. Januar von der *alten Rheinland- und Rheinbundpolitik*, die Poincaré durchsetzen wolle<sup>78</sup>. Und David argwöhnte, der französische Ministerpräsident wolle die besetzten Gebiete von Deutschland trennen und in einen Vasallenstaat umwandeln<sup>79</sup>.

Wie die bürgerlichen Parteien so verurteilten auch die Sozialdemokraten die französischen Zwangsmaßnahmen, die unwürdige Behandlung der Bevölkerung, die Ausweisungen und die blutigen Zwischenfälle. Da sie jedoch schon während des Krieges eine annexionistische Politik verurteilt hatten und nach dem Kriege für eine Verständigungs- und Erfüllungspolitik gegenüber Frankreich eingetreten waren, glaubten sie, daß

<sup>72</sup> Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, 1966, S. 378 f.; Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, 1966, Nr. 301.

<sup>73</sup> Wels am 25. 1. 1923: Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9502.

<sup>74</sup> Vorwärts 5. 1. 1923 (A) und 20. 1. 1923 (M).

<sup>75</sup> Müller (-Franken) am 13. 1. 1923 Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9425 und 9428; Vorwärts 12. 2. 1923 (A) u. a.

<sup>76</sup> Stampfer am 12. 2. 1923 im Vorwärts (A).

<sup>77</sup> Breitscheid am 26. 1. 1923, Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9530; N. OSTERROTH, Der deutsche Arbeiter und der Ruhreinfall, 1923.

<sup>78</sup> Vh RT StenBer Bd. 357, S. 9425.

<sup>79</sup> Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9960 ff. (7. 3. 1923). Vgl. Vorwärts 9. 4. 1923 (A).

ihre Proteste innerhalb und außerhalb Deutschlands glaubwürdiger erschienen als jene der Deutschnationalen<sup>80</sup>.

### b) Der passive Widerstand

Die Konferenz der freien Gewerkschaften Rheinland-Westfalen hatte bereits am 9. Januar 1923 in Essen über eventuelle Protestmaßnahmen beraten. Auf dieser Grundlage kam es am 15. Januar zu einer halbstündigen Arbeitsniederlegung. In den folgenden Tagen brachen die Gewerkschaftsführer ihren Kontakt zu General Denvignes ab<sup>81</sup>.

Für den 19. Januar berief der SPD-Parteivorstand eine Konferenz ein, an der außer dem Vorstand die Fraktionsvorstände des Reichstags und des Preussischen Landtags sowie Vertreter des ADGB und der AfA teilnahmen. Sämtliche SPD-Vertreter und die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter sprachen sich gegen einen Generalstreik in ganz Deutschland aus<sup>82</sup>. Am 24. Januar befürwortete der Bundesausschuß des ADGB einen 24-stündigen Generalstreik im ganzen Reich, falls sich die Arbeiter aller Länder am gleichen Tag daran beteiligten. Der Internationale Gewerkschaftsbund schloß sich jedoch diesem Vorschlag nicht an<sup>83</sup>.

Inzwischen war es infolge der ersten Grubenbesetzungen und Verhaftungen zu ersten spontanen Proteststreiks der Arbeiter gekommen<sup>84</sup>. Am 20. Januar forderte eine Delegation des Betriebsrates der Gelsenkirchener Gruben von den Franzosen die Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen; andernfalls würden die deutschen Arbeiter in den passiven Widerstand treten<sup>85</sup>. Tags darauf einigten sich die Gewerkschaften mit den Hüttenbesitzern, unter welchen Umständen und in welchem Ausmaß der Proteststreik realisiert werden solle<sup>86</sup>. In einer Unterredung vom 22. Januar in Hagen zwischen Funktionären des ADGB und der SPD (u. a. Severing, Wels und Stampfer) wurde festgestellt, daß sich die gemäßigte Linke in den besetzten Gebieten der Politik der SPD und der Gewerkschaften anschließe<sup>87</sup>. Das bedeutete, daß ein Generalstreik abgelehnt und ein besonnener Abwehrkampf im Sinne des passiven Widerstandes befürwortet wurde.

Die SPD hielt den passiven Widerstand als Akt berechtigter Notwehr

<sup>80</sup> Breitscheid am 26. 1. 1923, Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9529; Kommentar hierzu im Vorwärts 27. 1. 1923 (A).

<sup>81</sup> J. C. FAVEZ, *Le Reich*, 1969, p. 76.

<sup>82</sup> Vorwärts 20. 1. 1923 (M); L. ERDMANN, *Die Gewerkschaften*, 1924, S. 77.

<sup>83</sup> L. ERDMANN, *Die Gewerkschaften*, 1924, S. 77 f.

<sup>84</sup> Vorwärts 20. 1. 1923.

<sup>85</sup> J.-C. FAVEZ, *Le Reich*, 1969, p. 107 sqq.

<sup>86</sup> Vorwärts 23. 1. 1923 (M).

<sup>87</sup> J.-C. FAVEZ, *Le Reich*, 1969, p. 110.

infolge Poincarés Rechtsbruch für nützlich und notwendig<sup>88</sup>. Nicht die Regierung habe mit ihren Anweisungen den passiven Widerstand initiiert, wie von französischer Seite behauptet wurde, sondern die Arbeiter hätten ihn bewußt aufgenommen<sup>89</sup>. Trotz der Verdienste von Unternehmern und Beamten werde der eigentliche Kampf doch *von den Massen der organisierten Arbeiter und Angestellten* geführt, so betonten die Sozialdemokraten<sup>90</sup>. Durch den Widerstand sollten Recht und Freiheit im Ruhrgebiet zurückgewonnen werden. Als schließlich durch den französischen Plan, das Ruhrgebiet durch eine Zollgrenze vom Reich zu trennen, eine Zerteilung Deutschlands drohte, gestaltete sich der Widerstand für die SPD zum Kampf für die Reichseinheit und für die Erhaltung der Republik<sup>91</sup>, die sie als ihr Werk betrachtete.

Im passiven Widerstand solle der Gewalt das Recht, das auf der Seite Deutschlands stehe entgegengestellt werden. Im Vertrauen auf dieses Recht war die Sozialdemokratie vom Sieg der Gewaltlosigkeit über die Gewaltpolitik überzeugt<sup>92</sup>. Freilich sei dieser Widerstand nur eine befristete Zeit durchzuhalten<sup>93</sup>. Den Übergang zum aktiven Widerstand lehnte die SPD ab, ebenso die Sabotageakte, für die sie letztlich die französische Politik und die deutschnationale Hetze verantwortlich machte<sup>94</sup>.

Besonderes Augenmerk schenkten die Sozialdemokraten der ausreichenden Versorgung der Ruhrbevölkerung als Voraussetzung des moralischen Widerstandes und der Sanierung des Finanzwesens. Letzteres Problem ließ sich jedoch nur gleichzeitig mit der Reparationsfrage lösen.

### c) Das Bemühen um einen Ausweg

Trotz der französischen Maßnahmen plädierten die Sozialdemokraten für eine Verständigungs- und Erfüllungspolitik. Hilferding versprach den französischen Sozialisten, die SPD werde in diesem Sinne auf die Reichsregierung einwirken<sup>95</sup>.

<sup>88</sup> Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9964 (David am 7. 3. 1923), Bd. 360, S. 11126 (H. Müller am 16. 5. 1923), Bd. 361, S. 11950 (Breitscheid am 8. 10. 1923).

<sup>89</sup> Vorwärts 7. 2. 1923 (M) und 7. 5. 1923 (A); Hermann Müller am 16. 5. 1923: Vh RT StenBer Bd. 360, S. 11126.

<sup>90</sup> Hertz am 9. 3. 1923: Vh RT StenBer Bd. 358, S. 10046.

<sup>91</sup> Vorwärts 26. 1. 1923 (A); David am 7. 3. 1923: Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9960.

<sup>92</sup> Breitscheid am 26. 1. 1923, Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9530; David am 7. 3. 1923, a.a.O. S. 9964; Vorwärts 24. 1. 1923 (M) »Geist gegen Gewalt.«

<sup>93</sup> Hermann Müller am 16. 4. 1923, Vh RT StenBer Bd. 359, S. 10546 f.

<sup>94</sup> Breitscheid am 26. 1. 1923, Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9530; Schöpflin am 22. 2. 1923, a.a.O. S. 9836 ff.; Breitscheid am 18. 4. 1923, a.a.O., Bd. 359, S. 10596; Hermann Müller am 6. 7. 1923, a.a.O., Bd. 360, S. 11688; Breitscheid am 8. 10. 1923, a.a.O., Bd. 361, S. 11951. Vgl. O. BRAUN, Von Weimar zu Hitler, 1940, S. 125; Vorwärts 21. 6. 1923 (M).

<sup>95</sup> Populaire 11. 2. 1923.

Dieses Bemühen kam zum Ausdruck, als David im Reichstag auf die Frankfurter Konferenz der deutschen, französischen, belgischen, italienischen und englischen Sozialisten verwies, die gemeinsam die Reparationssumme auf die tatsächlichen Kosten des Wiederaufbaues beschränkten<sup>96</sup>. Deutschland solle nach Verhandlungen streben, bevor der passive Widerstand zusammenbreche. Wenn ein brauchbarer Plan vorgelegt werde, würde er sicher von verständigungsbereiten Elementen in Frankreich und Belgien unterstützt werden<sup>97</sup>. Einen solchen Plan stellte sich die SPD folgendermaßen vor: Für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete müßten Frankreich 26 Milliarden und Belgien 5 Milliarden Goldmark zugestanden werden. Um diese Beträge aufbringen zu können, solle Deutschland eine Auslandsanleihe aufnehmen, deren größter Teil sofort an Frankreich abgeführt, der Rest aber zur Verzinsung der Anleihe und für die Sanierung des deutschen Wirtschafts- und Finanzwesens zurückbehalten werden solle. Die SPD war nicht der Meinung, daß ein direktes deutsches Angebot als Zeichen der Schwäche angesehen werde; vielmehr stelle dieser Weg eine Möglichkeit für eine rasche Einigung mit Frankreich und Belgien dar und bewirke für die Ruhrbevölkerung eine baldige Beendigung der Besatzungszeit<sup>98</sup>.

Bei derselben Gelegenheit, am 16. April 1923, betonte Hermann Müller namens der SPD, ein Krieg solle für alle Zeiten und nicht nur für ein Menschenalter – wie sich die Reichsregierung in ihrem Angebot eines Sicherheitspaktes an die Entente vom Dezember 1922 ausgedrückt hatte – ausgeschlossen werden. Um das französische Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen, sollten die Grenzen der Rheinuferstaaten garantiert und entmilitarisierte Zonen eingerichtet werden. Ansonsten könne Poincaré, so Breitscheid am 18. April, die verlässlichste Sicherheit für Frankreich durch eine Politik erreichen, die die deutsche Demokratie, nicht aber den deutschen Nationalismus stärke<sup>99</sup>.

Das deutsche Angebot von Anfang Mai 1923 begrüßte der »Vorwärts« ausdrücklich als Möglichkeit einer Verständigung, kritisierte aber das Fehlen präziser Vorschläge hinsichtlich der Anleihe und Sicherheitsgarantie<sup>100</sup>. Die französische Antwort bezeichnete das Parteiorgan als einen geschickten Versuch, das Problem unlösbar zu machen<sup>101</sup>.

Die Sozialdemokraten empfahlen der Reichsregierung Ende Mai, durch

<sup>96</sup> Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9964 f. (7. 3. 1923).

<sup>97</sup> Vh RT StenBer Bd. 361, S. 11950 (8. 10. 1923).

<sup>98</sup> Müller am 16. 4. 1923, Vh RT StenBer Bd. 359, S. 10548 ff. und am 16. 5. 1923, a.a.O., Bd. 360, S. 11128 f.; Breitscheid am 18. 4. 1923, a.a.O., Bd. 359, S. 10596 ff.

<sup>99</sup> Vh RT StenBer Bd. 359, S. 10550 und 10602.

<sup>100</sup> Vorwärts 2. 5. 1923 (A).

<sup>101</sup> Vorwärts 7. 2. 1923 (A). Müller am 16. 5. 1923, Vh RT StenBer Bd. 360, S. 11126 f.

konkrete Angebote die französische Regierung zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen<sup>102</sup>. Als die Reichsregierung am 4. Juni ihre neue Note mit den Parteiführern besprach, setzte sich die SPD wiederum für ein *nach jeder Richtung gut fundiertes Angebot* ein<sup>103</sup>. Tatsächlich drückte sich das deutsche Memorandum vom 7. Juni hinsichtlich der Garantien präziser aus, nannte hingegen keine Reparationssumme.

Frankreich willigte nicht in Verhandlungen ein. Der passive Widerstand verlor zusehends seine Funktion, die deutsche Verhandlungsposition zu stärken. Die Politik Cunos war festgefahren, das Vertrauen in sie erschüttert. Noch versicherte Hermann Müller, die SPD denke nicht an einen Sturz Cunos, doch sie werde sich *einer positiven Mitarbeit in der Regierung nicht entziehen können, wenn ohne sie eine Regierung nicht zu bilden ist*<sup>104</sup>. Insgeheim scheute sie davor zurück, in jener Lage die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Erst seit dem 11. August bekannte sich die SPD öffentlich zu einer Regierungsumbildung<sup>105</sup>. Sie begründete dies mit dem Vorwurf an die Regierung, der passive Widerstand sei für sie *Selbstzweck geworden, nicht Mittel zum Zweck*; in der Hoffnung auf England habe sie es versäumt, rechtzeitig – im März – in Verhandlungen einzutreten, um den Ruhrkonflikt zu lösen<sup>106</sup>.

#### d) Die Regierung Stresemann und die Beendigung des passiven Widerstandes

Am 12. August 1923 trat die Regierung Cuno zurück. Tags darauf stellte Gustav Stresemann (DVP) sein Kabinett vor, dem Mitglieder der DVP, und DDP, des Zentrums und der SPD angehörten<sup>107</sup>.

Die Regierung Stresemann bemühte sich um Verhandlungen mit Poincaré. Sehr bald wurde klar, daß solche nur bei einer Beendigung des passiven Widerstandes möglich wurden. Seit Mitte September verlautete aus Kreisen der SPD, es sei vorteilhafter, den passiven Widerstand aus freien Stücken aufzugeben, als ihn von selbst zusammenbrechen zu lassen. In gleichem Sinne sprachen sich am 24. September die Parteien in den besetzten Gebieten und am nächsten Tag die Fraktionsführer im Reichstag aus (außer der DNVP)<sup>108</sup>. Am 26. September gab Reichskanzler Stresemann die Beendigung des passiven Widerstandes bekannt.

<sup>102</sup> Vorwärts 31. 5. 1923 (M).

<sup>103</sup> Vorwärts 5. 6. 1923 (M + A).

<sup>104</sup> Vorwärts 28. 7. 1923 (A).

<sup>105</sup> Vorwärts 12. 8. 1923.

<sup>106</sup> Breitscheid am 8. 10. 1923, Vh RT StenBer Bd. 361, S. 11949 f.

<sup>107</sup> Für die SPD: Robert Schmidt als Vizekanzler und Reichsminister für Wiederaufbau, Wilhelm Sollmann als Reichsinnenminister, Rudolf Hilferding als Reichsfinanzminister und Gustav Radbruch als Justizminister.

<sup>108</sup> Vorwärts 25. 9. 1923 (M) und 26. 9. 1923 (M).

Der »Vorwärts« gestand das Scheitern der Politik des Widerstandes ein, die auch von der Sozialdemokratie mitgetragen worden war. Der Widerstand hätte nur, so glaubte das Parteiorgan, bei einem politischen Kurswechsel in Frankreich oder bei einer Intervention einer dritten Macht – etwa Englands – Erfolg haben können. *Die angreifende Gewalt triumphierte über die moralischen Kräfte einer unbewaffneten Verteidigung . . . Es wird dunkler in Europa . . .*<sup>109</sup> Als selbst jetzt noch Poincaré in Ablehnung verharrte, bezichtigte ihn der »Vorwärts« des Wortbruchs; mit *grauenhafter Kältherzigkeit* erstrebe er die Zerstörung des Deutschen Reiches<sup>110</sup>.

Die SPD sah sich in der mißlichen Lage, auch als Regierungspartei die Ruhrpolitik nicht aus der Sackgasse herausführen zu können. Diese Einsicht bestimmte u. a. ihren Entschluß vom 3. November 1923, die Koalition unter Reichskanzler Stresemann zu verlassen, wenn auch als Gründe die ungleiche Behandlung der Extremisten in Bayern und Thüringen sowie die Finanzpolitik genannt wurden<sup>111</sup>.

Am 23. November trat das Kabinett Stresemann infolge eines von der SPD beantragten Mißtrauensvotums zurück. Neuer Reichskanzler wurde der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, der ein Kabinett aus Mitgliedern des Zentrums, der DDP, der BVP und der DVP sowie aus unabhängigen Persönlichkeiten bildete; Gustav Stresemann blieb Außenminister.

Inzwischen war Frankreich nicht – wie allseits erhofft – in Verhandlungen auf Regierungsebene getreten, sondern schloß über die MICUM separate Verträge mit den rheinischen Industriellen ab. Der »Vorwärts« erblickte hierin erste Anzeichen einer Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses und hoffte, daß nun die Arbeit wieder aufgenommen und die wirtschaftliche Not gelindert werde. Außerdem erkannte er in den Verträgen eine Zustimmung der Industriellen zur Erfüllungspolitik<sup>112</sup>. Allerdings befürchteten die Sozialdemokraten, daß sich die Industriellen nicht primär von der Sorge um das Allgemeinwohl, sondern von Egoismus leiten ließen, und daß die Lasten nicht gleichmäßig auf das ganze Reich, sondern auf eine »Reparationsprovinz« übertragen würden<sup>113</sup>.

<sup>109</sup> Vorwärts 26. 9. 1923 (M), S. 1 f.

<sup>110</sup> Vorwärts 19. 10. 1923 (A).

<sup>111</sup> Vorwärts 1. 11. 1923 (M).

<sup>112</sup> Vorwärts 28. 11. 1923 (A).

<sup>113</sup> Müller am 9. 10. 1923, Vh RT StenBer Bd. 361, S. 12046.

### 3. Die Sozialistische Internationale und die Ruhrbesetzung

#### a) Die Konferenzen von Amsterdam, Frankfurt und Haag

Anfang April 1921 berieten die Unabhängige Labour Party, die USPD und die S. F. I. O. in Amsterdam über das Reparationsproblem. Die Resolution, die auch von der 2. Internationalen (also auch von der SPD) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund angenommen wurde, bekannte sich zur Verpflichtung Deutschlands auf Reparationsleistung; Deutschland solle durch Lieferung von Material und Arbeit die zerstörten Gebiete wiederaufbauen. Die Sozialisten kritisierten die Fixierung der Reparationshöhe durch die Entente ungeachtet der labilen Wirtschafts- und Währungssituation in Deutschland; vielmehr bilde eine vorherige Sanierung der Wirtschaft die Voraussetzung für die Reparationsleistungen<sup>114</sup>.

Auf Initiative der S. F. I. O. (vom 29. 11. 1921) trafen am 25. und 26. Februar 1922 Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Italiens, Englands und Deutschlands in Frankfurt zusammen, um über die Reparationsfrage zu diskutieren. In einer gemeinsamen Resolution, die jene von Amsterdam präziserte, verurteilten sie jede Gewaltpolitik; nur eine internationale Solidarität könne die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beheben. Zwar müßten die zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens wiederaufgebaut werden, die deutsche Wirtschaft müsse allerdings befähigt werden, diesen Wiederaufbau zu garantieren. Um dies zu erreichen, schlugen die Sozialisten folgende Maßnahmen vor: 1. Nach Möglichkeit direkter Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. 2. Schaffung einer von den betroffenen Staaten getragenen Institution, die für die Bereitstellung von Material und Arbeitskraft zum Wiederaufbau sorgen solle. 3. Streichung der Militärpensionen in den deutschen Reparationen, aber internationale Garantie dieser Pensionen<sup>115</sup>. 4. Streichung der interalliierten Schulden. 5. Hilfe für die von einer Wirtschaftskrise bedrohten Länder. 6. Gründung eines internationalen Wiederaufbau- und Kreditinstituts (nach dem Vorschlag V. Auriols), das die Reparationszahlungen übernehmen, den wirtschaftlich schwachen Ländern helfen und sämtliche Pensionen internationalisieren solle. 7. Meinungsverschiedenheiten sollten einem Schiedsgericht unterbreitet werden<sup>116</sup>.

<sup>114</sup> E. WEILL-RAYNAL, *Les réparations allemandes*, t. II, 1938, p. 62 sqq.; D. LIGOU, *Histoire du socialisme en France*, 1962, p. 346; L. L. LORWIN, *Die Internationale der Arbeit, Geschichte und Ausblick*, 1930, S. 90.

<sup>115</sup> Die englischen Sozialisten stimmten gegen diesen Punkt, die SPD enthielt sich der Stimme.

<sup>116</sup> Parti Socialiste, *XX<sup>e</sup> Congrès National 1923*, p. 9–12; E. WEILL-RAYNAL, *Les réparations allemandes*, t. I, 1938, p. 582 sqq.; G. ZIEBURA, *Léon Blum*, 1963, S. 294 ff.



An der Ausarbeitung und Formulierung der Resolution kam den französischen Sozialisten eine führende Rolle zu.

Im Dezember 1922 fand in Haag ein Friedenskongreß der Gewerkschaftsinternationalen und der beiden sozialistischen Internationalen statt. Durch die drohende Ruhrbesetzung kam diesem Kongreß besondere Aktualität zu. Er prangerte eine Politik an, die über die Reparationsfrage eine Zerstückelung Deutschlands betreibe und so das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachte<sup>117</sup>.

Anfang Januar 1923 wiederholten Vertreter der sozialistischen Internationalen in Köln nochmals ihre Ablehnung gegenüber einer Besetzung des Ruhrgebietes unter dem Vorwand der Pfändernahme<sup>118</sup>.

#### b) Erste Stellungnahmen zur Ruhrbesetzung

Als die Ruhrbesetzung Wirklichkeit geworden war, protestierten sogleich die verschiedenen sozialistischen Parteien und am 26./27. Januar die beiden Internationalen sowie der Internationale Gewerkschaftsbund. Sie verwarfen das Mittel der Gewalt und warben für eine Verständigungspolitik. In sämtlichen Parlamenten sollte gefordert werden, daß die Reparationsfrage vor den Völkerbund gebracht werde. Die Sozialisten in Frankreich und Belgien sollten die sofortige Befreiung der Ruhr verlangen, jene in Deutschland aber ihre Regierung und die deutschen Kapitalisten zu den Reparationszahlungen zwingen<sup>119</sup>. Ein internationaler Generalstreik wurde abgelehnt. Die Ruhrarbeiter wurden indes von den ausländischen Gewerkschaften finanziell unterstützt. Diese gemäßigte Reaktion der beiden Internationalen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand nicht den ungeteilten Beifall der deutschen Sozialdemokraten<sup>120</sup>.

Anfang Februar kam es auf dem Liller Parteitag der S. F. I. O. durch die Anwesenheit ausländischer Delegationen zu einem eindrucksvollen Bekenntnis zur internationalen Solidarität. Die Vertreter Englands, Italiens, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands berieten eigens über die Ruhrbesetzung, die, wie sie wiederum forderten, vor den Völkerbund gebracht werden sollte. In einem von Vandervelde, P. Faure, L. Blum, R. Hilferding u. a. unterzeichneten Schreiben wurde nochmals der sozialistische Reparationsplan unterbreitet, in dessen Rahmen Deutschland Kredite

<sup>117</sup> L. ERDMANN, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf, 1924, S. 48.

<sup>118</sup> Populaire 9. 1. 1923; Vorwärts 7. 1. 1923.

<sup>119</sup> Vorwärts 29. 1. 1923 (A); vgl. die in Anm. 5, 11 und 114 angegebene Literatur, außerdem M. SOKOLOVA, Les Congrès de l'Internationale Socialiste entre les deux guerres mondiales, Thèse (Genève), Paris 1953.

<sup>120</sup> Vorwärts 18. 2. 1923.

erhalten solle, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können; das Ruhrgebiet solle baldigst geräumt werden<sup>121</sup>.

Poincaré, der Adressat des Briefes, ließ sich jedoch nicht umstimmen.

### c) Die Zusammenarbeit von S. F. I. O. und SPD

Nach dem Ersten Weltkrieg pflegte die S. F. I. O. in erster Linie Kontakt mit der USPD, wandte sich jedoch zunehmend den Mehrheitssozialdemokraten zu. Vielerlei Bande wurden geknüpft. Gleich nach der Ruhrbesetzung war Breitscheid in Paris. Anfang Februar vertrat Hilferding die SPD auf dem Parteitag der S. F. I. O. in Lille, wo seine Kritik an der französischen Ruhrpolitik starken Applaus erntete, und Paul Faure die »kommende deutsch-französische Verständigung« begrüßte. Anschließend setzte Hilferding seine Gespräche mit Führern der S. F. I. O. in Paris fort<sup>122</sup>.

Im März versuchten J. Uhry und Le Troquer auf Vermittlung des »Vorwärts«, in Mainz vier Vertreter des Deutschen Eisenbahnverbandes vor dem französischen Kriegsgericht zu verteidigen, was ihnen allerdings von den französischen Besatzungsbehörden verwehrt wurde<sup>123</sup>.

Anfang Mai sandte die S. F. I. O.-Fraktion eine Delegation in das Ruhrgebiet, um sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu informieren<sup>124</sup>.

Durch ihre versöhnliche Haltung gegenüber Deutschland war die S. F. I. O. starken Angriffen ausgesetzt. So wurde am 11. Januar 1923 Léon Blum und am 29. März 1923 Lebas vorgeworfen, die Sache Deutschlands in der französischen Kammer zu vertreten. Als Auriol Ende März nach Deutschland fuhr, wurde er in Frankreich gar als Landesverräter beschimpft, in Berlin aber gleichzeitig als Advokat Poincarés beargwöhnt<sup>125</sup>. Jedenfalls hat das gleichgerichtete Bemühen von SPD und

<sup>121</sup> Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 30; Populaire 6. 2. 1923; Vorwärts 6. 2. 1923 (M).

<sup>122</sup> Populaire 5. 2. 1923: »L'occupation de la Ruhr – Socialistes allemands et français en dénoncent les périls.« Populaire 11. 2. 1923: Hilferding versicherte gegenüber den französischen Sozialisten, er werde die Regierung mit allen Mitteln zu Verhandlungen drängen. Zu Breitscheids Besuch in Paris: Vh RT StenBer Bd. 358, S. 9540. (26. 1. 1923). Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden Kontakte zwischen den deutschen und französischen Sozialisten gepflegt. Vgl. hierzu: Cent ans de Rapports franco-allemands 1871–1971. Actes du Colloque de Strasbourg (nov. 1971): Revue d'Allemagne, tome IV, 3, Juillet-Septembre 1972.

<sup>123</sup> Vorwärts 29. 3. 1923 (M).

<sup>124</sup> Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 51 sqq.

<sup>125</sup> Journal Officiel 1923, p. 21 sqq. (11. 1. 1923): »Vous êtes du côté de l'Allemagne!« »Allez donc manger de la choucroute!« »En tout cas, je ne plaiderai jamais la cause allemande dans un Parlement français.« ibid., p. 1698 (29. 3. 1923): »L'Allemagne a ici d'excellents avocats.« ibid., p. 2092 sqq. (24. 5. 1923 – gegenüber Auriol) und Vh RT StenBer Bd. 359, S. 10550 (16. 4. 1923).

S. F. I. O. in der Ruhrfrage die Annäherung dieser beiden Parteien gefördert. Seit dem Hamburger Einigungskongreß der Sozialistischen Internationalen verstärkten sich die freundschaftlichen Beziehungen; französische Sozialisten nahmen immer häufiger an Veranstaltungen der SPD teil und die Sozialdemokraten erwiderten diese Besuche<sup>126</sup>.

#### d) Der Einigungskongreß der Internationalen in Hamburg

Vom 21. bis 25. Mai 1923 fand in Hamburg der Einigungskongreß der beiden sozialistischen Internationalen statt.

Bei den Beratungen der neuen Sozialistischen Arbeiterinternationalen (SAI) wurde der Ruhrkonflikt immer wieder angesprochen, etwa am 24. Mai von Léon Blum: Er verurteilte den Versailler Vertrag und forderte, daß Deutschland eine wirtschaftliche Gesundung gemäß dem Frankfurter Reparationsplan ermöglicht werde. Seine Kritik an der Ruhrpolitik der französischen Regierung wurde von den Delegierten mit lebhaftem Beifall bedacht: *Wir werden den Kampf gegen diese militärische Aktion . . . mit aller Energie weiterführen. Diese Besetzung bringt Frankreich und Belgien keine Reparationen. Sie peitscht weiter die nationalen Leidenschaften auf . . . Die stärkste Sicherung des Friedens ist die Stärkung der demokratischen Republik. Wir werden nicht aufhören, gegen jede Zerstückelung Deutschlands anzukämpfen. Als Sicherung für Zahlungen dürfen niemals Millionen lebendiger Menschen genommen werden. Die Mehrheit des französischen Volkes wünsche keine Annexionen.*

Crispien stellte fest: *Genosse Blum hat als Vertreter jenes Frankreichs gesprochen, mit dem sich auch die deutsche Arbeiterschaft solidarisch fühlt . . . Wir begrüßen seine Worte, die erfüllt waren von internationalem sozialistischem Geist*<sup>127</sup>. Der »Vorwärts« erblickte in Blums Rede den »unzweifelhaften Höhepunkt« des Kongresses, Paul Faure meinte, *die Internationale (habe) ihre Seele gefunden*<sup>128</sup>.

Der Kongreß verabschiedete eine Resolution zur Reparationsfrage, die sich inhaltlich mit den Frankfurter Plänen und dem Reparationsplan des Vermittlungsversuches vom März 1923 deckte; der Rechtsbruch der Ruhrbesetzung wurde verurteilt, baldige Verhandlungen gefordert und der passive Widerstand der Arbeiter begrüßt<sup>129</sup>.

Es war nicht zuletzt das Ruhr- und Reparationsproblem, das in Hamburg den Einheitswillen des internationalen Sozialismus stärkte.

<sup>126</sup> Vorwärts 9. 5. 1923 (A), 28. 5. 1923 (A), 30. 5. 1923 (A).

<sup>127</sup> Vorwärts 25. 5. 1923 (M); E. WEILL-RAYNAL, Les réparations allemandes, vol. III, 1947, p. 584 sqq.

<sup>128</sup> Vorwärts 26. 5. 1923 (M); G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, S. 306.

<sup>129</sup> Vorwärts 27. 5. 1923; J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, Bd. II, 1963, S. 293 f.; E. WEILL-RAYNAL, Les réparations allemandes, t. III, 1947, p. 584.

## e) Der sozialistische Vermittlungsversuch vom März 1923

Während der Völkerbund untätig und die Internationale halbherzig blieben, die Zustände im Ruhrgebiet für die Bevölkerung aber immer drückender wurde, ließen sich die Sozialisten einiger Länder nicht entmutigen, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich anzubahnen.

Am 7. März 1923 beschloß die Fraktion der Labour Party im englischen Unterhaus, Vertreter der sozialistischen Fraktionen der französischen, belgischen und italienischen Parlamente einzuladen, um über ein gemeinsames parlamentarisches Vorgehen hinsichtlich des Ruhrkonflikts zu beraten<sup>130</sup>. Dies geschah am 20. März in Paris; in einer EntschlieÙung wurde betont, daß die gegenwärtige Ruhrpolitik keine Lösung der Reparationsfrage darstelle, und daß der Egoismus der Regierungen im Augenblick Verhandlungen verhindere. Eine vierköpfige Delegation reiste nach Berlin, wo sie am 25. und 26. März mit Vertretern der SPD über eine realistischere Fassung des Frankfurter Reparationsplanes und über die Bedingungen einer garantierten Sicherheit verhandelte<sup>131</sup>. Die Reparationshöhe wurde mit 30 Milliarden Goldmark angegeben; diese Summe bezog sich auf den Wiederaufbau in Frankreich, Belgien und Italien, nicht aber auf die interalliierten Schulden und die Pensionszahlungen. Die Reparationsleistung sollte durch eine internationale Anleihe ermöglicht werden und innerhalb von fünf Jahren erfolgen. Während der ersten Jahre solle Deutschland einen Teil der Anleihe zur Stabilisierung seiner Währung verwenden und keine Zinsen zahlen. Ein vom Völkerbund zu bildendes internationales Finanzkonsortium solle die Durchführung des Anleiheprogramms gewährleisten. Als Garantien für die Anleihe solle Deutschland seine Zolleinnahmen, den Einnahmeüberschuß der Reichsbahnen, die Industrieobligationen und das Kontrollrecht über das Haushalts- und Finanzgebaren anbieten. Nach Maßgabe der Inkraftsetzung dieses Reparationsplanes solle dann die Räumung des Ruhrgebietes erfolgen.

Um dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs entgegenzukommen, solle Deutschland für 99 Jahre auf jeglichen Krieg verzichten, außerdem sollten die Grenzen der Rheinstaaten ausdrücklich anerkannt werden<sup>132</sup>.

Am 31. März eröffneten L. Blum und V. Auriol Ministerpräsident Poincaré, daß Gustav Stresemann mit dem größten Teil der DVP sowie die DDP, das Zentrum und die SPD bereit wären, das Kabinett Cuno zu

<sup>130</sup> Vorwärts 8. 3. 1923 (A).

<sup>131</sup> Vorwärts 21. 3. 1923 (A) und 26. 3. 1923 (A); vgl. Ph. SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. II, 1928, S. 432.

<sup>132</sup> Zum Inhalt des Vermittlungsplans: Journal Officiel 1926, p. 1097 sqq. (Spinasse am 1. 3. 1926 in der Debatte über die Locarno-Verträge).

stürzen, wenn sie sich darauf verlassen könnten, daß Poincaré ihren Vorschlag zur Lösung des Reparations- und Sicherheitsproblems, wie er am 25. und 26. März in Berlin und am 29. und 30. März in Paris formuliert worden war, als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren; sie wollten die Gewißheit haben, daß eine Beendigung des passiven Widerstandes nicht ergebnislos bliebe.

Poincaré antwortete ausweichend und damit ablehnend, obwohl er wußte, daß England diesen Plänen zustimmte, und daß diese Pläne den Wiederaufbau der zerstörten französischen und belgischen Gebiete garantierten. Er verpaßte somit eine Gelegenheit, von sich aus eine Wende in seiner starren Ruhrpolitik einzuleiten.

Nach dem Scheitern ihres Vermittlungsversuches sahen sich die S. F. I. O. und die SPD wieder auf die parlamentarische Ebene beschränkt, wo sie Ende Mai (S. F. I. O.) bzw. Mitte April und Mitte Mai (SPD) im Sinne des Vermittlungsvorschlages auf deutsch-französische Verhandlungen drangen. Der bereits im Frühjahr angebahnte Regierungswechsel wurde erst Mitte August vollzogen.

### III. Die Lösung des Ruhrkonflikts und der Dawes-Plan

Nach Sondierungen auf verschiedenen Ebenen, etwa über den französischen Botschafter de Margerie, gelangte Stresemann zur Einsicht, daß Poincaré auf der Kapitulation der deutschen Regierung bestand. So erklärte er am 26. September 1923 die Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr, ohne daß es hernach zu direkten Verhandlungen zwischen Paris und Berlin gekommen ist. Die französische Regierung sicherte sich bis zum 23. November 1923 in den sog. MICUM-Verträgen ihre Pfänder durch Vereinbarungen mit den Industriellen im Ruhrgebiet.

Es bedeutete ein hoffnungsvolles Zeichen, als Poincaré am 25. Oktober den englischen Vorschlag annahm, einem internationalen Gremium die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu übertragen. Am 30. November benannte die Reparationskommission zwei Sachverständigenkomitees unter Dawes und McKenna. Als Anfang April 1924 die Sachverständigen die Gutachten vorlegten, erklärte sich am 16. April die deutsche Regierung damit einverstanden, am 24. April gaben Belgien, Italien und England ihre Zustimmung, einen Tag später auch Frankreich.

Bevor sich die Londoner Konferenz im Juli und August 1924 mit dem Dawes-Plan befaßte, traten sowohl in Frankreich als auch in Deutschland Änderungen in der politischen Konstellation dieser Länder ein.

## 1. Die französischen Kammerwahlen vom 11. Mai 1924

Im Laufe des Jahres 1923 kam es durch die gemeinsame Ablehnung der Ruhrbesetzung zu einer Annäherung zwischen der S. F. I. O. und den Radikalsozialisten unter Herriot. Aus diesem Grunde bildete die S. F. I. O. während des Wahlkampfes mit den Radikalsozialisten und den Republikanern ein Linkskartell, um über gemeinsame Listen den Nationalen Block zu schlagen.

Der Wahlkampf war von Anfang an stark außenpolitisch ausgerichtet. Die Ruhrpolitik mit ihren Folgen für Frankreich und den Frieden in Europa stand im Mittelpunkt<sup>133</sup>. Auf Plakaten und Flugblättern wurde diese Frage den Wählern vor Augen geführt<sup>134</sup>. In den Wahlversammlungen wiesen die Sozialisten auf die Schädlichkeit und Gefährlichkeit von Poincarés Ruhrpolitik hin.

Das Linkskartell ging aus den Wahlen vom 11. Mai 1924 siegreich hervor: Die S. F. I. O. zog mit 105 Abgeordneten in die Kammer ein, was sie zu Recht als großen Erfolg wertete<sup>135</sup>. Léon Blum führte diesen Erfolg in erster Linie auf die Bekämpfung der Ruhrpolitik Poincarés zurück<sup>136</sup>.

Anstatt nun ihre Vorstellungen in der Regierungsverantwortung durchzusetzen, beteiligten sich die Sozialisten jedoch nicht an der Regierung unter Herriot, wenngleich sie ihn in der Kammer unterstützten.

## 2. Die deutschen Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924

Die SPD befaßte sich in ihrem Wahlkampf anfänglich vor allem mit innenpolitischen Fragen. Bezüglich der Außenpolitik begnügte sie sich mit allgemeinen Forderungen, wie jener einer Verständigungspolitik und des Eintritts in den Völkerbund<sup>137</sup>.

Als dann am 9. April 1924 der Reparationskommission das Sachver-

<sup>133</sup> Manifest »Le Parti Socialiste aux Travailleurs de France«: Parti Socialiste, XXI<sup>e</sup> Congrès National 1924, p. 13.

<sup>134</sup> Parti Socialiste, XXII<sup>e</sup> Congrès National 1925, p. 15–24.

<sup>135</sup> Populaire 13. 5. 1923, 16. 5. 1923.

<sup>136</sup> Journal Officiel 1924, p. 3020 (28. 8. 1924). Vgl. allgemein: A. FRANÇOIS-PONCET, De Versailles à Potsdam. La France et le problème allemand contemporain 1919–1945, Paris 1948; E. HERRIOT, Erinnerungen eines Politikers und Staatsmannes, Dresden 1928; E. HERRIOT, Jadis, t. II.: D'une guerre à l'autre, 1914–1936, Paris 1952; Ministère des Affaires Etrangères, Bulletin périodique de la presse allemande (1923); J. PAUL-BONCOUR, Entre deux guerres. Souvenirs sur la III<sup>e</sup> République, t. II, Paris 1945; E. BONNEFOUS, Histoire politique de la Troisième République, vol. III et IV, Paris 1968/1960; R. MANEVY, La presse de la III<sup>e</sup> République, Paris 1955; P. RENOUVIN, Histoire des relations internationales, t. VII: Les crises du XX<sup>e</sup> siècle, Paris 1967.

<sup>137</sup> Vorwärts 16. 3. 1924, 23. 3. 1924, 30. 3. 1924, 1. 4. 1924 (M) und 3. 4. 1924 (M).

ständigengutachten vorgelegt wurde, rückten die Fragen der Reparationen und der Ruhrbesetzung an die Spitze der Wahlkampfthemen. Schon am 10. April begrüßte der »Vorwärts« den Fortschritt, den das Gutachten trotz der hohen Zahlungsverpflichtung darstelle<sup>138</sup>. Die SPD rief die Wähler zu einer Entscheidung für oder gegen den Dawesplan auf: Bei Nichtannahme des Dawesplanes blieben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestehen, bei seiner Annahme trete eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ein, Rhein und Ruhr würden befreit, die Einheit des Reiches bleibe gewahrt. Wer also für die Annahme des Dawesplanes votiere, solle seine Stimme der SPD geben, keinesfalls aber den Deutschnationalen, Völkischen oder Kommunisten<sup>139</sup>.

Die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 gestalteten sich tatsächlich zu einem Votum für oder wider den Dawesplan; allerdings überwogen die skeptischen bzw. ablehnenden Stimmen. Die SPD verfügte nur noch über 100 Sitze im Reichstag, die Parteien der Mitte büßten – außer dem Zentrum – an Stimmen ein, die Nationalsozialisten errangen 32, die Kommunisten 62 Sitze, die Deutschnationalen konnten die Zahl ihrer Abgeordneten von 71 auf 95 erweitern. Auf Grund dieser neuen Kräfteverteilung beschloß der sozialdemokratische Parteivorstand am 9. Mai, für die Annahme des Dawes-Gutachtens einen Volksentscheid herbeizuführen<sup>140</sup>.

Marx setzte die Koalition der bürgerlichen Mitte fort, wobei er auf die Unterstützung der SPD rechnen konnte.

Nach dem für sie enttäuschenden Wahlausgang verfolgte die SPD um so interessierter die französischen Kammerwahlen vom 11. Mai, da in ihnen auch über das deutsche Schicksal entschieden wurde<sup>141</sup>. Mit Genugtuung und Freude registrierte sie den Sieg des Linkskartells über den Nationalen Block als Verurteilung von Poincarés Ruhrpolitik durch das französische Volk. Sie war sicher, daß unter den nunmehrigen Verhältnissen in Frankreich die Reichstagswahlen anders ausgefallen wären<sup>142</sup> und sah der weiteren Entwicklung des Reparationsproblems mit Zuversicht entgegen. Der Optimismus der SPD wurde durch Herriots Junktim – Verwirklichung des Dawesplanes – Räumung der Ruhr – untermauert.

Überzeugt vom Verständigungswillen der neuen französischen Regierung appellierte Breitscheid an Herriot, die Gefangenen des Ruhrkampfes freizulassen, den Ausgewiesenen die Rückkehr zu erlauben und die Räu-

<sup>138</sup> Vorwärts 1. 4. 1924 (A).

<sup>139</sup> »Volk, entscheide dein Schicksal!« Vorwärts 18. 4. 1924 (M).

<sup>140</sup> Vorwärts 9. 5. 1924 (A) und 10. 5. 1924 (M): »Das Volk entscheide!«

<sup>141</sup> Vorwärts 10. 5. 1924 (A).

<sup>142</sup> Vorwärts 13. 5. 1924 (M + A).

mung des Ruhrgebietes möglichst rasch durchzuführen<sup>143</sup>. Die Bitte Breitscheids traf nicht auf taube Ohren; noch im Juni beschloß die französische Regierung, 60 000 Ausgewiesenen die Rückkehr zu gestatten. Sollmann sprach im Reichstag diese Entscheidung dem Einfluß der S. F. I. O. zu und erkannte in ihr *ein erstes Anzeichen der Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland*<sup>144</sup>.

Angesichts dieser Entwicklung in Frankreich und der Tatsache, daß in England seit Januar 1924 die Labour Party unter McDonald regierte, hielt die SPD die Bereinigung der mitteleuropäischen Streitfragen *in Richtung der Befriedung Europas und der Sicherung des Friedens* für möglich<sup>145</sup>.

### 3. Der Dawes-Plan und die Londoner Konferenz

An der Londoner Konferenz, die über die Realisierung des Dawesplanes beriet, war seit dem 5. August 1924 auch Deutschland beteiligt. Die deutsche Delegation stimmte zu, obwohl ihre Forderung einer gleichzeitigen Räumung der besetzten Gebiete nicht erfüllt wurde. Das sollte erst innerhalb eines Jahres geschehen. Im Reichstag fand das Abkommen die notwendige Mehrheit und trat am 1. September 1924 in Kraft: Nicht mehr territoriale, sondern allgemein-wirtschaftliche Garantien waren nunmehr für die Reparationsleistungen vorgesehen. Die Reichsbahn wurde in eine Gesellschaft umgewandelt, die man mit Obligationen belastete, auf die sie jährlich bis zu 660 Millionen Mark Zinsen zu zahlen hatte. Die Industrie erhielt eine verzinliche Hypothek von 5 Milliarden Mark. Bestimmte Reichseinkünfte wurden verpfändet, und aus den Reichseinkünften Jahresbeträge bis zur Höhe von 1,25 Milliarden Mark jährlich vorgesehen. Die deutsche Zahlungsbilanz sollte durch diese Reparationsbelastung nicht gefährdet werden.

Die S. F. I. O. trat entschieden für eine Annahme des Dawesplanes ein und verband damit die Forderung nach der militärischen Räumung des Ruhrgebietes, nach dem Acht-Stunden-Tag und nach einer Teilnahme Deutschlands an der Londoner Konferenz<sup>146</sup>.

Am 22. August 1924 ergriff Léon Blum in der Kammer die Gelegenheit, die Haltung seiner Fraktion zum Dawesplan und zur Londoner Konferenz darzulegen und seine Genugtuung über das Scheitern der Politik Poincarés auszusprechen. Die gegenteilige Behauptung, der Dawes-

<sup>143</sup> Vh RT StenBer Bd. 381, S. 189 f. (6. 6. 1924). Über eine persönliche Unterredung Breitscheids mit Herriot am 18. Juni 1924: Vorwärts 19. 6. 1924 (M), 21. 6. 1924 (A), 26. 6. 1924 (M).

<sup>144</sup> Vh RT StenBer Bd. 381, S. 440 (28. 6. 1924).

<sup>145</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1924, S. 168.

<sup>146</sup> Blum im Populaire 31. 7. 1924.



Plan sei erst durch die Ruhrbesetzung möglich geworden und stelle daher einen Erfolg Poincarés dar, wies er zurück. Vielmehr wäre der englische Plan vom Januar 1923 für Frankreich viel vorteilhafter gewesen und hätte zudem die Ruhrbesetzung mit all ihren schädlichen Begleiterscheinungen erübrigt. Gleichzeitig verwies er auf die sozialistischen Lösungsvorschläge<sup>147</sup>. Hinsichtlich Herriots Taktieren auf der Londoner Konferenz bezüglich der militärischen Räumung erblickte Blum eine gewisse Kontinuität zur verpöhten Politik Poincarés. Allerdings wandte er sich dann selbst – angesichts des Anwachsens der Radikalen in den Reichstagswahlen vom 4. Mai – gegen eine sofortige Räumung.

Mit der Londoner Konferenz fand das Reparationsproblem für die S. F. I. O. seine vorläufige Lösung und trat in der Folgezeit hinter der Sicherheitsfrage zurück.

Die SPD unterstützte die Reichsregierung unter Marx in deren Zustimmung zum Dawes-Plan<sup>148</sup>. Allerdings vermißte sie eine endgültige Festlegung der deutschen Schuld und beanstandete die Beibehaltung der Pensionszahlungen und der interalliierten Schulden sowie die Durchführung der Ruhrräumung erst nach einem Jahr. Dennoch erachtete sie den Dawes-Plan als *die einzige unmittelbar mögliche Lösung* der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie des Ruhr- und Reparationsproblems<sup>149</sup>.

Die Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund nahmen am 14. Juli zum Dawes-Plan Stellung<sup>150</sup>. Er entspreche in der Reduzierung der Reparationen auf die effektiven Kosten und in der internationalen Kreditoperation annähernd dem sozialistischen Plan. Die Einbeziehung der Pension und der interalliierten Schulden, die Umwandlung der Reichsbahn in eine Gesellschaft und die voraussichtliche übermäßige Belastung der deutschen Arbeiter wurden kritisiert; mit der wirtschaftlichen, so wurde gefordert, solle auch die militärische Räumung des Ruhrgebietes einhergehen. Wenn die Internationale dennoch die Annahme des Dawes-Planes empfahl, so deshalb, weil sich der gegenwärtige Zustand bei einer Ablehnung verschlechtern würde.

Besondere Streitpunkte bildeten in London die Fragen der Ruhrräumung sowie der Pensionen und interalliierten Schulden. Als Premierminister MacDonald die Ruhrfrage anschnitt, mußte sich Herriot hierzu

<sup>147</sup> Journal Officiel 1924, p. 3009–3021, abgedruckt im Populaire 1. 9. 1924 unter dem Titel »La faillite du Poincarisme«.

<sup>148</sup> Vh RT StenBer Bd. 381, S. 103 ff. und S. 771 ff.

<sup>149</sup> Vh RT StenBer Bd. 381, S. 809, 811 f., 916 und 937; Vorwärts 19. 8. 1924: »Das Ergebnis der Konferenz« von Breitscheid.

<sup>150</sup> Resolution: Parti Socialiste, XXII<sup>e</sup> Congrès National 1925, p. 88 sqq. Populaire 31. 7. 1924; Vorwärts 18. 7. 1924 (M).

äußern<sup>151</sup>. Am 4. August empfing er Breitscheid und von französischer Seite Auriol und Grumbach, die nach London geeilt waren<sup>152</sup>. Breitscheid vermittelte in der Folgezeit neben McDonald zwischen der deutschen und der französischen Delegation und überbrachte am 7. August Stresemann die Bedingungen Herriots für die Ruhrräumung<sup>153</sup>. Herriot fand sich nicht zu einer sofortigen Räumung des Ruhrgebietes bereit, weil – nach Aussage von Breitscheid – MacDonald seinerseits nicht über die Frage einer Annullierung der interalliierten Schulden sprechen wollte<sup>154</sup>. Herriot wollte keinesfalls mehr nachgeben als sein britischer Kollege. Auriol und Grumbach gelang es nicht, die Labour-Regierung zu veranlassen, die von den Sozialisten gemeinsam beschlossene Annullierung der Schulden durchzuführen. Daher erinnerte auch Léon Blum die englischen Sozialisten an die gemeinsamen Beschlüsse<sup>155</sup>.

Wenn sie auch nicht alle Vorstellungen in der Reparations- und Ruhrfrage durchsetzen konnten, so erkannten SPD und S. F. I. O. in den Londoner Beschlüssen, an deren Zustandekommen sie einen beachtlichen Anteil hatten, einen ersten Schritt zur deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Ersten Weltkrieg und zur Befriedung Europas.

### Z u s a m m e n f a s s u n g

Die sozialistischen Parteien in Frankreich und Deutschland haben sich Anfang der 20-er Jahre intensiv mit dem Reparationsproblem befaßt.

Die S. F. I. O. unterstrich die Notwendigkeit eines Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien, trat jedoch hinsichtlich der Erreichung dieses Zieles in Opposition zur Politik des Nationalen Blocks unter Poincaré. Sie regte eine Beratung des Reparations- und Ruhrproblems zwischen den sozialistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands, Englands, Italiens und Belgiens an und setzte hierbei im Grundsatz ihre Lösungsvorschläge durch: Die Reparationshöhe wurde entsprechend der deutschen Leistungsfähigkeit und in der Einsicht herabgesetzt, lieber einen angemessenen Betrag in Bälde sicher zu erhalten als sich um einen überhöhten Betrag mit unsicherem Ausgang und unter Gefährdung des europäischen Friedens streiten zu müssen. Dieses Projekt internationalisierte und kommerzialisierte – lange vor dem Dawes-Plan und ähnlichen deutschen Vorschlägen – die deutsche Schuld; insgesamt war es auf

<sup>151</sup> E. HERRIOT, *Jadis*, vol. II, 1952, p. 156–162.

<sup>152</sup> Vorwärts 4. 8. 1924 (A) und 5. 8. 1924 (A).

<sup>153</sup> G. STRESEMANN, *Vermächtnis*, Bd. I., 1932, S. 474 ff.

<sup>154</sup> Artikel Breitscheids im Vorwärts 19. 8. 1924: »Das Ergebnis der Konferenz.«

<sup>155</sup> *Journal Officiel* 1924, p. 3020 (22. 8. 1924).

eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit ausgerichtet. Mögen auch einzelne Vorschläge als wenig realistisch erscheinen, so ist ihr programmatischer Charakter nicht zu verkennen und die Tatsache, daß sie sich, wie verschiedene Resolutionen erwiesen, den jeweiligen Gegebenheiten anpassen ließen.

Aus nationalem Interesse und aus Sorge um den Frieden in Europa protestierte sie S. F. I. O. gegen die Ruhrbesetzung als Mittel der Reparationspolitik, während bei der SPD der Rechtsbruch der französischen Militaristen und Imperialisten im Vordergrund der Kritik stand. Anders als ihre französischen Freunde befürworteten die deutschen Sozialdemokraten den passiven Widerstand als Ausdruck des Protests und befristete Möglichkeit, Verhandlungen zu erzwingen. Sie arbeiteten in Anlehnung an den Frankfurter Reparationsplan im März 1923 zusammen mit den französischen Sozialisten einen Vorschlag aus, der eine akzeptable Reparationshöhe festsetzte und Poincarés Forderung nach Garantien sowie Frankreichs Sicherheitsbedürfnis entgegenkam. Aber der französische Ministerpräsident ergriff diese Gelegenheit nicht, die eine weitere wirtschaftliche und politische Radikalisierung hätte vermeiden können. Erst im August löste die Große Koalition unter Stresemann das Kabinett Cuno ab, was bereits in dem Vermittlungsvorschlag an Poincaré vom März vorgesehen war.

Die Beendigung des passiven Widerstandes bahnte den Verhandlungsweg an, der durch Poincarés Zustimmung zur Einsetzung des Sachverständigenkomitees gesichert war. Die Regierungswechsel in England und Frankreich im Jahre 1924 erleichterten die Annahme des Dawes-Planes.

An der Ablösung der Politik der Stärke und Gewalt, wie sie sich in der Ruhrbesetzung manifestierte, durch eine Politik der Verständigung, wie sie sich seit der Londoner Konferenz durchsetzte, hatten die deutschen und französischen Sozialisten großen Anteil.